

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

# EU-Agrarreform nach Deutschland holen!



Foto: Albrecht

## EU-Agrarreform

Während es in Brüssel den letzten Feinschliff für die Reform gibt, gilt es auf nationaler Ebene auszuloten, welche Maßnahmen sinnvollerweise umgesetzt werden sollten. Die Möglichkeiten, die die EU lässt, sind groß – sie müssen nur genutzt werden... auf den **Seiten 2 und 11-13**

## Märkte

Wenn Bauern und Bäuerinnen die Vermarktung selbst in die Hand nehmen, bietet das Chancen aber auch Risiken, die Upländer Bauernmolkerei muss gerade letzteres erfahren, während sich für Neuland eine Chance auftut, auf den **Seiten 6 und 16**

## Bewegung

Der Wert bäuerlicher Arbeit und wie man sie gerecht bezahlt, ist eine immer wiederkehrende Herausforderung. Was ist gerecht und gut für die Umwelt? Was erhält bäuerliche Strukturen? Texte zur Auseinandersetzung um das Thema auf den **Seiten 5, 7 und 14**

## Die Seite 3

Eine Frage der Solidarität ..... 3

## Agrarpolitik

Opposition muss Farbe bekennen. .... 4

„Es geht um Schadstoffe und Strukturen“ ..... 4

Arbeit zum Thema machen. .... 5

## Märkte

Die Insolvenz darf nicht zum Strudel werden. .... 6

Neuland zeigt Größe. .... 16

## Bewegung

Konferieren in Berchtesgaden ..... 7

Bäuerlich Netzwerken ..... 8

Hofportrait: Ausweg nicht gefunden ..... 18

EU-Agrarreform für die bäuerliche Landwirtschaft nutzen. .... 19

## Tierhaltung

Eier, woher kommt ihr? ..... 10

## Schwerpunkt

Handzahn auf der Höhe ..... 11

EU-Agrarreform entscheidet sich in nationaler Umsetzung 12

Gerangel um Steuerungsmöglichkeiten und Schwerpunkte . 13

## Agrarstruktur

Die Umwelt leidet unter der steigenden Betriebsgröße ... 14

## Nachbau

Muss der Geschädigte Schadensersatz leisten? ..... 15

## Gentechnik

Ernährungssicherung liegt in der Vielfalt ..... 17

## Weitere Themen

Zu Besuch bei Rebecca Simon und Bärbel Endraß, Seite 9;  
 Leserbrief, Seite 20; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen,  
 Kontakte, Seite 22-23

## Inhaltsverzeichnis

Die Doktrin des „Wachse oder Weiche“ steckt tief. Nicht nur bei denjenigen, die an dem Strukturwandel bisheriger Ausprägung mächtig verdient haben und weiter verdienen wollen. Auch viele Bauern trauen sich nicht mehr – oder noch nicht wieder –, eine andere Richtung der Entwicklung für möglich zu halten. In „Nischen“ ja, aber darüber hinaus? Schließlich haben die Propheten der jeweils nächsten und immer größeren Wachstumsschritte nicht nur Lehre, Beratung, Fachpresse und Berufsverbände bestimmt. Auch die Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Rahmenbedingungen stets so gesetzt, dass die technisch möglichen Rationalisierungsschritte immer von genügend Betrieben umgesetzt wurden, um die Stückkosten für einen größeren Marktanteil zu senken und damit die Rohstoffe für Schlachthöfe, Molkereien und Mühlen zu verbilligen. Dafür lassen sich viele Beispiele aufzählen, von der Stallbauförderung und dem Raufsetzen von Genehmigungsgrenzen über die Ausgestaltung der milliarden-schweren Preisausgleichs- und dann Direktzahlungen bis hin zur Milchquotenregelung, die



## Kommentar

## Bäuerliche Betriebe erwünscht

bis heute immer so gestrickt worden ist, dass die Wachstumsbetriebe und letztlich Molkereien profitieren.

Dieser Weg ist gepflastert mit Auseinandersetzungen, sowohl innerhalb der Landwirtschaft als auch mit anderen Teilen der Gesellschaft. Für jedes Problem

wurde eine Lösung versprochen, die den Druck aus der Debatte nehmen sollte, aber die Richtung nicht in Frage stellt. Für die große Mehrzahl der Höfe bedeutete das schlicht Zumachen. Etwas ändert sich. Eine CDU/CSU-Bundesregierung mit FDP-Beteiligung will sich mit einem rot-grün dominierten Bundesrat darauf verständigen, dass größere neue Ställe nicht mehr als privilegierte Bauvorhaben im Außenbereich zu werten und damit zu genehmigen sind. Für Stallanlagen ab 1.500 Mastschweineplätzen, 30.000 Hühnern, 600 Kühen braucht es in Zukunft einen Bebauungsplan. Das verteuert diese Größenordnungen, auch im Verhältnis zu kleineren Größen. Grüne Landesminister machen neue Auflagen – jetzt Abluftfilter – nicht mehr generell, sondern für große Einheiten. Große Schlachtunternehmen beschäftigen sich mit Strohhaltung für Schweine und stellen damit eine der zentralen Rationalisierungsmaßnahmen der letzten Jahrzehnte in Frage. Das ist ihnen lieber, als mit unhaltbaren Fernsehbildern ein Volk von Vegetariern zu bilden.

Und jetzt die Umsetzung der EU-Agrarpolitik in Deutschland. Ja. Jeder Mitgliedstaat wird ab 2015 die Möglichkeit haben, bis zu 30 Prozent der gesamten Summe an Direktzahlungen auf die ersten Hektar je Betrieb umzuschichten. 1,5 Milliarden Euro sind das, über die die neue Bundesregierung und die Bundesländer zu entscheiden haben. Wenn diese Summe umgelegt wird auf die ersten bis zu 50 Hektar aller Betriebe, sind das 90 Euro mehr für diese ersten Hektar. Kleinere und mittlere bäuerliche Betriebe würden also 30 Prozent mehr bekommen. Entsprechend weniger würden Großbetriebe erhalten. Nicht Europa, nicht Brüssel legt das fest, sondern Berlin, München, Wiesbaden, Schwerin, Potsdam, Hannover, Kiel.

Wer bäuerliche Betriebe nicht länger rausdrängen will, sondern sie für die Entwicklung einer gesellschaftsfähigen Zukunfts-Landwirtschaft gewinnen und mitnehmen will, der hat mit diesem Instrument einen Hebel in der Hand, wie es ihn lange nicht gegeben hat und vielleicht sobald nicht wieder gibt.

Noch-Ministerin Ilse Aigner will diesen Hebel ein kleines Bisschen nutzen. Nur so viel, wie die kleineren Betriebe verlieren, wenn die gerade erst vom EU-Gerichtshof höchstrichterlich bestätigte Staffelung der bisherigen Modulation 2015 wegfällt. Rund acht Prozent verlieren die Betriebe unter 20 Hektar hier, während Großbetriebe gewinnen. Das, sagt Aigner, will sie ausgleichen, außerdem ist auch noch Wahlkampf. Die Agrarminister der Länder haben den Hebel auch auf dem Schirm und den Ost-Kollegen im Gegenzug angeboten, die Kapung und Staffelung oben nicht mehr zu verfolgen. Alles liegt noch auf dem Tisch, auch die Umschichtung von Direktzahlungsmitteln für die 2. Säule.

Entschieden wird über das Paket erst nach den Wahlen. Umso mehr kommt es darauf an, die Bedeutung dieser Instrumente jetzt möglichst breit in das gesellschaftliche Bewusstsein zu bringen. Jeder und jede in der AbL ist gefragt.

Ulrich Jasper,  
 stellvertretender Bundesgeschäftsführer

## Impressum

**unabhängige**  
**bauernstimme**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
 Claudia Schievelbein: 02381-492289  
 Christine Weißenberg: 02381-492210  
 Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag/** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de**

**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)

**Abonnementpreis:** 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich  
**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

# Eine Frage der Solidarität

Drei Stimmen zur Landwirtschaft als Teil sozialer Zusammenhänge

Es knistert auf EU-Ebene, weil der belgische Wirtschaftsminister Johan Vande Lanotte Anfang April bei EU-Arbeitskommissar László Andor eine Beschwerde gegen Deutschland eingereicht hat. Es geht um wettbewerbsverzerrendes „Sozialdumping“ durch deutsche Fleischverarbeiter. In der Kritik: Ausländische Arbeiter bekommen nur geringe Löhne und sind nicht in die deutsche Sozialversicherung einbezogen. Diese Praxis bekommt zur Zeit auch innerhalb Deutschlands einigen Gegenwind. Gewerkschaften wie die NGG (Nahrung – Genuss – Gaststätten) kreiden die Ungleichbehandlung und Billiglöhne als inländisches Problem der Verdrängung von Arbeitern mit Tariflöhnen an. Aufmerksam auf die „Arbeitsbedingungen zweiter Klasse“ ist auch der katholische Prälat Peter Kossen in der Region Vechta geworden. Er setzt sich vehement für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ ein und unterstützt Forderungen nach gesetzlichen Mindestlöhnen: „Es kann nicht sein, dass der wirtschaftliche Wettbewerb zwischen Unternehmen über die Lohnkosten ausgetragen wird!“. Das Beispiel wirkt zunächst fernab von den Forderungen von Bäuerinnen und Bauern nach kostendeckenden Produktpreisen und Einflussmöglichkeiten auf den Markt. Aber es berührt grundsätzliche gesellschaftliche Vorstellungen zur Wertschätzung von Arbeit und zu einem vernünftigen Leben.

## Menschenwürdiges Minimum

„Als Bauer fordere ich faire Preise für meine Produkte, um ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften und tier- sowie umweltgerecht



Ottmar Ilchmann, Milchbauer

arbeiten zu können“, sagt Ottmar Ilchmann, Milchbauer aus Ostfriesland und Landesvorstand der AbL Niedersachsen, und gibt zu bedenken: „Dann ist es aber nur folgerichtig zu gucken, ob die Menschen angemessene höhere Preise auch bezahlen können.“ Für ein einzigartiges Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, kirchlichen Einrichtungen, Bäuerinnen und Bauern sowie Umweltschutzorganisationen besteht die grundsätzliche gemeinsame Frage, wie erreichen wir ein menschenwürdiges Leben für alle? Was ist das Existenzminimum um an einer Gesellschaft teilnehmen zu können, die Rücksicht auf natürliche Ressourcen und das soziale Miteinander nimmt – und wie lässt sich das gemeinsam umsetzen?

Ilchmann weiß, dass diese Zusammenarbeit für viele seiner Berufskollegen zunächst abwegig erscheint und kennt Stimmen wie diese: „Wir sind Unternehmer – mit Hartz IV Empfängern haben wir nichts gemeinsam“. Doch realistisch betrachtet sind die unternehmerische freie Entscheidungsfähigkeit oder Möglichkeiten Einfluss auf Markt und Preise zu nehmen für LandwirtInnen stark eingeschränkt. Prälat Kossen hat in seiner Region Kontakt zu einem Wirtschaftsprüfer, der dort mindestens 40 Betriebe kennt, die nach außen nicht sichtbar verkauft und sofort zurückgepachtet wurden: „Die haben sich übernommen bei einem neuen Stall oder einer Biogasanlage, die sie auch nur gebaut haben, um mithalten zu können“.

## Faires Einkommen für faire Preise

„Wir wollen eine Abwärtsspirale umkehren, die sich auch auf Bauern und Bäuerinnen auswirkt“, führt Guido Grüner von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) aus. Der statistisch berechnete Hartz-IV-Regelsatz für den Bereich Ernährung reicht nach Ergebnissen einer Studie des Dortmunder Forschungsinstituts für Kinderernährung bei ausgewogener Kost nur für den Kauf von Produkten zum niedrigsten verfügbaren Preis. Da einige Arbeitgeber diese nicht ausreichende „Grundsicherung“ zudem als Kombilohn missbrauchen, dient sie mittlerweile auch 1,4 Millionen Erwerbstätigen als Existenzminimum, die ihre niedrigen Gehälter „aufstocken“ müssen. Die somit politisch mitverursachte Nachfrage von Billigpreisprodukten setzt wiederum insge-

samt die Produkt- und Erzeugerpreise unter Druck. „Deswegen fordern wir bei gemeinsamen Aktionen und im Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum: Faire Preise, faire Löhne, faire Regelsätze“, so Ottmar Ilchmann und Guido Grüner (www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org). Sie sind sich bewusst, dass ihr gemeinsames Auftreten häufig für Verwirrung sorgt und schätzen die daraus resultierende Aufmerksamkeit als strategischen Pluspunkt bei öffentlichen Aktionen. Denn beiden ist klar: Um mit ihren Anliegen weiterzukommen, braucht es die Bereitschaft Ungleichgewichte sichtbar zu machen, den gewohnten Fluss der Dinge zu unterbrechen und die gesellschaftliche Auseinandersetzung zu führen.

## Würde und Gerechtigkeit

Dem besonnenen und nichts desto weniger kämpferischen Prälat Kossen gefällt die Ausrichtung des Bündnisses, denn für ihn ist Solidarität wichtigster Bestandteil einer Gesellschaft: „Letztlich ist das immer wieder die Frage, was gehört hier vor Ort, aber auch woanders, zum Existenzminimum. Das muss in jeder Generation neu ausgehandelt oder wenigstens diskutiert werden: Wo sind wir aufgerufen zur Solidarität, wo sind die gemeinschaftlichen Herausforderungen, um die wir uns kümmern müssen, um nichts Wesentliches zu verlieren?“ Kirchen haben nach seiner Ansicht die Aufgabe einen bestimmten Blick auf den Menschen einzufordern: „Die Würde des Menschen, die Würde von Arbeit hat was mit einem Menschenbild zu tun und drückt sich auch in der Bezahlung aus.“ Im Bezug auf ländliche Regionen sieht Kossen eine besondere Notwendigkeit zur Solidarität: „Warum sollten wir sonst auf dem Land Infrastruktur bereit halten? Das kann man nicht nur als Kosten-Nutzen-Relation betrachten.“ Die Landwirtschaft ist für ihn wichtiger Bestandteil ländlicher sozialer Strukturen. Bauern und Bäuerinnen sieht er jedoch in der Gefahr immer unfreier zu werden, wenn sie immer weniger Einfluss auf die Wertschöpfungsketten haben und in einen ruinösen Wachstumswettbewerb eintreten. Die hohen Investitionssummen der Landwirtschaft für große Bauvorhaben sorgen außerdem zunehmend für soziale Verwerfungen auf den Dörfern. An diesem Punkt bestehen für Kossen auch Schnittpunkte



Prälat Peter Kossen

zu weiteren Fragen der Gerechtigkeit, die mit weltweiter Verantwortung zur Ermöglichung eines menschenwürdigen Lebens zu tun haben: Kritisch betrachtet er beispielsweise im Bezug auf die Welternährung den hohen Preis massiver Futtermittel- und somit Flächenimporte, um die hiesige Fleischproduktion auf derzeitigem Niveau betreiben zu können. Der im Konflikt mit intensiv betriebener Landwirtschaft stehende Umweltschutz ist dem Prälat ebenfalls ein Anliegen – nicht nur theologisch als Bewahrung von Schöpfung, sondern als Form von rechtem Um-



Guido Grüner, ALSO Oldenburg

gang mit natürlichen Ressourcen, um sie kommenden Generationen zu erhalten. Für Peter Kossen gehört der Blick auf die Menschen und das Benennen von Ungerechtigkeit zum Kerngeschäft der Kirche. Nicht nur in Bezug auf Kirchenvertreter dürfte wohl sein Grundsatz gelten: „Wenn man die Möglichkeit hat, Unrecht zu benennen und sich für Veränderung einzusetzen, liegt darin auch eine Verantwortung.“

## Opposition muss Farbe bekennen

EU-Handelsabkommen mit Peru und Kolumbien kann im Bundesrat gekippt werden

Die Nummer 804/12 hat es in sich. Unter dieser Nummer verbirgt sich die Gefahr, dass Menschenrechte weiter verletzt werden oder Umweltverschmutzung voranschreitet, statt dem etwas entgegenzusetzen. Nummern abstrahieren sicherlich Entscheidungen. Aber ob es auch daran liegt, dass in den letzten Wochen die Parteienlandschaft in Deutschland so ein Durcheinander fabriziert, bleibt fraglich.

Nummer 804/12 ist ein Gesetzesentwurf des Bundesrats vom 21. Dezember letzten Jahres. Dieser Entwurf sieht vor, dass Deutschland das Handelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien sowie Peru vom Vorjahressommer ratifiziert. Das Abkommen beinhaltet u.a., dass europäische Konzerne möglichst freien Zugang zu Rohstoffen in den beiden Ländern erhalten. Gleichzeitig sollen die Handelsbarrieren für 90 Prozent der landwirtschaftlichen Güter abgeschafft werden. Dieses bilaterale Abkommen geht weit über Handelsvereinbarungen in der Welthandelsorganisation (WTO) hinaus. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland begleiten diesen Prozess bereits seit längerer Zeit und war-

nen vor den menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Folgen eines solchen Abkommens in Peru und Kolumbien.

### Klare Kante

Am 1. Februar beginnt das Abstimmungsverfahren in Deutschland. In einer ersten Lesung im Bundesrat winkten alle Mitglieder, egal welcher Parteifarbe, diesen Gesetzesentwurf unisono durch. Einige Wochen später marschierte der Gesetzesentwurf durch den Bundestag, allerdings ohne die Stimmen von SPD, Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen. Was die Oppositionsparteien im Bundestag nicht erreichen können, könnten sie aber im Bundesrat schaffen. Dort steht am 3. Mai die Entscheidung im Plenum an. Würden sich alle Oppositionsregierten Länder zusammenschließen, reicht das zum Kippen des Gesetzesentwurfes. Oder aber die SPD muss in den Bundesländern mit großer Koalition klare Kante zeigen. Dann würde Deutschland sich erstmalig gegen solch ein Abkommen aussprechen, ein gewichtiges politisches Zeichen für künftige Handelsgespräche. Deshalb erreichten jüngst zahl-

reiche Lobbybriefe in breiten Bündnissen oder von einzelnen Organisationen geschrieben, darunter auch von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, die Bundesratsmitglieder mit der Forderung, dem Abkommen in dieser Form nicht zuzustimmen. Am 18. April traf sich der Wirtschaftsausschuss des Bundesrats zu einer weiteren Lesung, und dort haben sich immerhin die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Brandenburg und Schleswig-Holstein einer Zustimmung verweigert.

### Wachsam bleiben

Die bilateralen Handelsgespräche seitens der EU blühen. Das ist politische Zielsetzung. Auch die deutschen Landwirtschaftsminister haben kürzlich auf der Agrarministerkonferenz in Berchtesgaden im vorläufigen Protokoll festhalten lassen, dass die „anvisierten bilateralen Freihandelsabkommen auch Chancen für die europäische Agrar- und Ernährungsindustrie bieten.“ Zivilgesellschaft, Bäuerinnen und Bauern müssen wachsam bleiben.

Berit Thomsen, AbL

### Randschutz

Der niedersächsische Präsident der Landesjägerschaft (zugleich neuer agrarpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion) Helmut Dammann-Tamke hat die Landwirte in einem Beitrag für die Ems-Zeitung aufgefordert, keine Wegeränder und Gewässerrandstreifen unter den Pflug zu nehmen. Das Niederwild sei auf diese Flächen angewiesen. *en*

### Klauengesundheit durch Weide

Rinder mit Weidegang erkranken in deutlich geringerem Maße (38 %) an der Klauenerkrankung Mortellaro als solche in ganzjähriger Stallhaltung (60 %) – das ergab laut *top agrar* eine Studie des niederländischen Tiergesundheitsdienstes. *en*

## „Es geht um Schadstoffe und Strukturen“

Filtererlasse treffen Agrarfabriken und nützen Anwohnern, Umwelt und bäuerlichen Tierhaltern

In Nordrhein-Westfalen, nun auch in Niedersachsen und demnächst wohl auch in Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern schreiben die Landesregierungen bei neuen und – nach einer Übergangszeit – auch bei vielen bestehenden Schweinehaltungs-Großanlagen den Einbau von Filtern vor. Grundlage ist die Vorsorge gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG), TA Luft oder Geruchsimmissionsschutz-Richtlinie (GIRL): Es geht um den Gesundheitsschutz der Anwohner vor Feinstaub und Bioaerosolen (Pilze, Bakterien, Viren etc.), um den Schutz vor langandauernder Geruchsbelastung und um den Schutz empfindlicher Pflanzen- und Ökosysteme durch Ammoniak und Stickstoff-Depositionen (-Niedererschläge).

### Zertifizierung noch in Privathand

Mehrstufige Anlagen binden Staub und Bioaerosole (durch Sprühwasser), Ammoniak (durch Schwefelsäure-Chemowäscher) und Geruch (durch Bakterien auf Kunststoff- oder Wurzelholzschüttungen). Aufgrund der langjährigen Erprobung und der Kostendegression gelten solche Filter bei Großanlagen als „Stand der Technik“. Zertifiziert werden diese Anlagen bisher vor allem von der agrarindustriell ausgerichteten Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), so dass die Genehmigungsbehörden alternative ko-

sten- und wartungsfreundliche Biofilter, die bspw. vom TÜV oder Universitäten zertifiziert sind, immer noch beiseite lassen.

### Mehr als 2.000 Schweinemastplätze

„Es geht nicht nur um Schadstoffe, sondern auch um Strukturen“, so der neue niedersächsische Agrarminister Christian Meyer. Entgegen allem Bauernverbands-Gerede von „kleineren und mittleren Familienbetrieben“ gelten die neuen Vorgaben lediglich für fünf Prozent der Schweinehalter (mit allerdings mehr als 20 Prozent der Schweine), deren Ställe über den BImSchG-Schwellen von 2.000 Mastschweine-, 750 Sauen- oder 6.000 Aufzuchtferkel-Plätzen liegen - bzw. in begründeten Sonderfällen mehr als 1.500 Mastschweinen, 560 Sauen oder 4.500 Aufzuchtferkeln. Für 95 Prozent der Schweinehalter sind diese Filter für agrarindustrielle Schweinehalter (Belastung pro Mastschwein: fünf bis sieben Euro) eigentlich willkommene Bremsen gegen deren Überschussproduktion und damit Hilfen für endlich kostendeckende Erzeugerpreise.

### Fehlende Geflügelanlagen-Filter

Da die Hersteller immer noch keine Filter für die meisten großen Geflügelanlagen mit mehr als 40.000 Tieren zertifizieren ließen, kann die Filterpflicht in diesem Bereich derzeit noch nicht als „Stand der Technik“ vorge-

schrieben werden. Brancheninsider berichten, dass Big Dutchman jetzt sogar seinen Filter für die Hähnchen-Kurzmast zurückziehe – unklar, ob aus „technischen Gründen“ oder als Beitrag zur Verhinderung eines Einbaus verpflichtenden „Stand der Technik“. Über Klagen will die Agrarindustrie-Lobby die Filtererlasse kippen, weil auch die bereits zertifizierten Filter bei Schweinen die geforderten Mindestabscheidungen angeblich nicht erreichen würden. „Kein Grund fürs Weglassen von Filtern, sondern für noch bessere Filter und eine staatliche Zertifizierung“ – so die Einschätzung eines Agrarberaters.

### Keimschutzgutachten

Für das besonders gravierende Problem Bioaerosole ist aber bei neuen Schweine- und auch Geflügel-Großanlagen die Erstellung von Keimschutzgutachten in folgenden Fällen anzuordnen: wenn zwischen Anlage und Wohnbebauung nur 350 Meter (bei Schweinen) bzw. 500 Meter (bei Geflügel) liegen oder nur 1.000 Meter in Hauptwindrichtung, wenn ungünstige Ausbreitungsbedingungen vorliegen oder empfindliche benachbarte Nutzungen (Krankenhäuser etc.), wenn im Umkreis von 1.000 Metern andere Bioaerosol emittierende Anlagen stehen, wenn im Umkreis bereits gehäufte Gesundheitsprobleme oder erhöhte Keimzahlen bestehen.

Eckehard Niemann

# Arbeit zum Thema machen

AgrarBündnis setzt in der Landwirtschaft arbeitende Menschen in den Fokus

Landwirte müssen in ihrer täglichen Arbeit, neben betrieblichen Zielen, von außen an sie gerichtete Anforderungen an Produktqualität, Tierschutz oder ökologische Nachhaltigkeit umsetzen. Zusammenhänge zwischen einer nachhaltigen Landwirtschaft und der Qualität der Arbeit auf den Höfen finden allerdings wenig Beachtung. Mehr öffentliches Bewusstsein dafür zu schaffen, war Ziel der AgrarBündnis Tagung „Wandel und Zukunft der Arbeit in der Landwirtschaft“ am 19.03.2013 in Kassel. Um notwendige Änderungen in Politik, Beratung, Bildung und Wissenschaft zu benennen, kamen unterschiedliche Fachleute zu Wort. Die Soziologie, so Dr. Hans Pongratz (Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, München), behandelt das Thema Arbeit und Landwirtschaft nur randständig. In der Landwirtschaft, der Umweltbewegung und den Verbänden wird nahezu tabuisiert, dass sich aus dem Selbstverständnis heraus, für „die gute Sache zu arbeiten“, eine Kultur des grenzenlosen Arbeitens entwickelt hat. Nachhaltiges Arbeiten sollte sich aber auch am schonenden Umgang mit der eigenen Arbeitskraft und Natur definieren.

## Freiheiten durch Angestellte

Welche wirtschaftlichen und sozialen Freiräume eine Neuorganisation der Arbeit schaffen kann, zeigten die Praktiker. Sozialverträglich wurde für die Milchbäuerin Alice Endres der starke Wachstumsschritt von 40 auf 110 Kühe erst, als sie eine Mitarbeiterin einstellte. Entgegen den Prognosen der Beratung, ging es ihrem Betrieb nach diesem Schritt auch wirtschaftlich besser, da mehr Zeit für die Betriebsplanung blieb. Karl-H. Kohl schätzt, dass der Melkroboter ihm heute 10-15 Stunden Arbeit pro Kuh auf dem 80-Kuh starken ökologischen Milchviehbetrieb abnimmt. „Jetzt habe ich wieder Zeit für meine Familie“, sagt er zufrieden. Durch die 170 Kühe, die Hofmolkerei und Direktvermarktung ist die Domäne Selgenhof zu einem Ökobetrieb mit 21 Angestellten angewachsen, berichtet Tilo Junge: „Unser Denken bezüglich der Arbeitskräfte hat sich verändert. Bei unseren Investitionen haben wir sie als erweiterbarer Produktionsfaktor bewertet. Mit vielen Angestellten wird ein Betrieb kalkulier- und lenkbarer.“

## Krankheiten nehmen zu

Thomas Hentschel, PECO Institut, IG Bauen-Agrar-Umwelt, macht am Strukturwandel in der europäischen Landwirtschaft deutlich, dass die Zahl der Familien-Arbeitskräfte weiter sinkt und die Bedeutung der Saisonarbeiter und auch der ständigen Arbeitnehmer zunimmt. Was das aber für die arbeitenden Menschen bedeu-

tet, interessiert zumeist nicht. Zukünftig sollte die Arbeitskraft in den Fokus der Politik gestellt und soziale Standards für eine nachhaltige Landwirtschaft geschaffen werden. Aktuell sind gerade die Arbeiter in Tierhaltungsbetrieben mit vielen Überstunden, fehlenden Lohnanpassungen und Weiterbildungsmöglichkeiten konfrontiert. Allgemein nehmen Krankheiten durch Arbeitsverdichtung und Stress zu.

## Die Arbeitsfalle

Landwirte versuchen oft, sinkende Einkommen und steigende Kosten durch mehr Arbeit auszugleichen. „Das geht zu Lasten der Familie“, so Hartmut Schneider (Familie & Betrieb Hessen). Für ein gesundes Verhältnis zwischen Arbeit, Familie und Angestellten braucht es Kommunikationsfähigkeit. „Erst wenn alle Beteiligten sich über ihre Ziele und was sie realistisch dafür tun können im Klaren sind, kann ein Betrieb erfolgreich sein.“ In der abschließenden Diskussion zeigte sich, dass Landwirten wegen der gegebenen Vielfalt in der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft gerade individuelle, auf die eigenen Ziele in Betrieb und Familie angepasste Wege helfen, um der Herausforderung Arbeit zu begegnen. Eine Ausbildung und Beratung, welche statt einfach Effizienzsteigerung und Kostensenkung zu verordnen, die Menschen mit anderen Wertvorstellungen in persönlichen und betrieblichen Entwicklungszielen begleitet, ist hier wichtig. Dazu gilt es, politische Rahmenbedingungen, die sich nicht einfach dem unbegrenzten Wachstum verschreiben, zu fordern und zu gestalten.

Anneke Jostes und Karin Jürgens

Kurzes am Rande

## Baugesetz gegen gewerbliche Agrarfabriken

Der überparteiliche Kompromiss um ein neues Baugesetzbuch steht offenbar. Für gewerbliche Betriebe (ohne genügend Fläche) soll die Privilegierung für das Bauen im Außenbereich der Gemeinden begrenzt werden. Die SPD setzte gegenüber der CDU durch, dass Betriebe mit mehr als 1.500 Mastschweinen, 560 Sauen, 15.000 Puten, 15.000 Legehennen, 30.000 Masthühnern oder 600 Rindern nunmehr nur dann bauen können, wenn die Gemeinde sich zu einem Bebauungsplan bereit findet. SPD-Agrarsprecher Wilhelm Priesmeier begründete diese Regelung, auf die auch die kommunalen Spitzenverbände drängen, mit dem Druck und dem Unwillen der Bürger. en

## Unnötiges Abschlachten verhindern

Inzwischen ist das Thema Rindertuberkulose nicht länger nur ein Thema des Ostallgäus. Auch Schleswig-Holstein will Betriebe, die Rinder aus den entsprechenden süddeutschen Regionen zugekauft haben, zum Haupttest verpflichten. Dabei wächst die Kritik unter den Bauern und Bäuerinnen an der Vorgehensweise rund um Tbc. Der unsichere Hauttest hat bereits zu einer Vielzahl von vorsorglich getöteten gesunden Tieren geführt und immer auch die Sperrung der Milch der betroffenen Betriebe für acht Wochen zur Folge. Obwohl die Molkereien die Milch pasteurisieren (und damit den Erreger abtöten) und dann verarbeiten, bezahlen sie nicht. 80 % des Milchgeldes zahlt zwar der Milchförderfonds, der wiederum aus dem Verkauf der Tbc-Produkte gespeist wird, auf dem Rest bleiben die Bauern und Bäuerinnen aber bislang sitzen. „Anstatt eine Vielzahl von Betrieben übereilt und zum großen Teil unnötig in Existenzschwierigkeiten zu bringen“, so die AbL-Vorsitzende Maria Heubuch, „müssten die Molkereien in die Pflicht genommen werden.“ Diese könnten relativ leicht für einen kurzen Zeitraum die Produktion umstellen und alle angelieferte Milch pasteurisieren. Damit würde mehr Zeit für die Anwendung geeigneterer Untersuchungsmethoden gewonnen. cs

## Verschärfter Wettbewerb um Land

Nun ist es auch wissenschaftlich belegt: die vermehrte Aktivität außerlandwirtschaftlicher Investoren in der ostdeutschen Landwirtschaft. Das Bundeslandwirtschaftsministerium stellte diese Ergebnisse einer Studie des von-Thünen-Instituts vor. Vor allem Ackerbaubetriebe sind begehrt und aufgrund der fortgeschrittenen Vermögenskonzentration oft nur noch für externe Kapitalanleger erschwinglich. Das Ministerium betont positive wie negative Effekte dieser Entwicklung: so gehe eine Übernahme meist mit einer verstärkten Investitionstätigkeit und einer höheren betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit einher, während oftmals Arbeitsplätze abgebaut, rationalisiert und spezialisiert werde. All das gehöre zu dem verschärften Wettbewerb um Land, an dem sich allerdings auch landwirtschaftliche Betriebe beteiligten, so das Ministerium. cs



Kühe machen Mühe

Foto: Herzog

# Die Insolvenz darf nicht zum Strudel werden

Die Upländer Bauernmolkerei trennt sich vom Standort Neukirchen

Das besondere an der Upländer Bauernmolkerei im hessischen Usseln ist, dass es die einzige Molkerei in der Hand der Bauern ist. Sie hat in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt, dass Einigkeit unter Bauern möglich ist. Dass eine Molkerei ihren Lieferanten faire Preise zahlen und trotzdem am Markt agieren kann. Dass genau diese Molkerei, mit ihrem Konzept der Bauern und Lieferanten als Eigentümer, durch die gescheiterten Expansionspläne im ca. 100 km entfernten Neukirchen in Bedrängnis gerät, ist ein Rückschlag aber kein Grund, das Konzept mit seiner politischen Aussagekraft als gescheitert anzusehen.

## Die Expansion ist gescheitert

Die Upländer Bauernmolkerei produziert an ihrem Standort in Willingen-Usseln vorrangig Frischmilch und Butter. Weitere Produkte sind Handkäse, Schmand und Sahne. Mit der Übernahme der Molkerei in Neukirchen plante man, die Wertschöpfung zu vertiefen. Auch hätte die Produktion von Käse die Flexibilität durch eine mögliche längere Lagerung deutlich erhöht. Das Käsewerk wurde Anfang 2011 von der Hochwald Foods GmbH übernommen. Durch die Fortsetzung der Produktion von konventionellem Käse sollte der laufende Betrieb des Werks sichergestellt und die Angestellten ausgelastet werden. Parallel versuchte man, eine Schiene mit Biokäse aufzubauen. Inzwischen ist klar, dass die Betriebsentwicklung anders verlaufen ist, als es die Unternehmensberatung Müller-Consulting damals prognostizierte. „Trotz guter Qualität und einer positiven Absatzentwicklung konnten die Absatzerwartungen nicht realisiert werden“, so die Geschäftsführerin Karin Artzt-Steinbrink. Es gab aber noch weitere Probleme. Ein Milchtank hatte Haarrisse, was zum Verderb der Milch bzw. des daraus hergestellten Käses führte. Und noch etwas anderes: Nach Einschätzung verschiedener Beobachter war die Herausforderung, ein zusätzliches Werk zu leiten eine Überforderung für den Vorstand und die Geschäftsführerin. Offen bleibt in diesem Zusammenhang, ob nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt hätte absehbar sein müssen, dass das Unternehmen nicht rentabel werden würde.

## Verschiedene Blickwinkel

Die Upländer Bauernmolkerei wird in Regie der Ökobauern geführt. Den Lieferanten kommt damit, im Gegensatz zu denen anderer Genossenschaftsmolkereien, die Position der Betriebsinhaber zu. Natürlich können die Bauern den laufenden Betrieb der Molkerei nicht organisieren. Die Geschäftsführerin, der Vorstandsvorsitzende und der Vorstand bilden hier ein wichtiges Verbindungsglied. In der Vergangenheit wurde der Geschäftsführerin Karin Artzt-Steinbrink große Sach-

kenntnis und die Fähigkeit, sowohl mit Lieferanten als auch mit Abnehmern ein vertrauensvolles Verhältnis aufzubauen und zu bewahren bescheinigt. Vieles von diesem Vertrauen scheint derzeit verloren gegangen zu sein. Zu spät, so der Vorwurf aus den Reihen der Mitglieder, sei über die Verstrickungen der Upländer Bauernmolkerei in

gab es sechs Cent weniger. Für Betriebe, deren Schwerpunkt auf der Milch liegt, ist das nur schwer zu verkraften. Wer neue Investitionen getätigt hat und Kredite bedienen muss, hat in diesen Größenordnungen keine Flexibilität. Besonders enttäuscht sein dürften die Betriebe, die erst in den letzten Monaten aufgenommen wurden. Es ist gut verständlich,



Die Stimmung unter den Upländern ist derzeit etwas unterkühlt

Foto: Menzler/©BLE

## Oligopol im Landhandel?

Die BayWa AG kaufte jüngst den holländischen Rohstoffhändler Cefetra und erwarb eine Mehrheitsbeteiligung am niedersächsischen Landhändler Bohnhorst. Dadurch erstrecken sich die Vertriebskanäle der BayWa von Nord- und Ostsee bis ans Schwarze Meer. Die norddeutsche Zentralgenossenschaft Agravis bündelt mit dem dänischen Agrarhändler DLA ihre Aktivitäten in Osteuropa. Die Rendsburger Getreide AG übernimmt weitere Mälzereien. Angesichts dieser und weiterer Firmenübernahmen befürchtet das *dlz-agrarmagazin* langfristig ein Oligopol im deutschen Landhandel. *en*

den Wirtschaftsbetrieb der Bauernmolkerei Neukirchen informiert worden. Ein Vorwurf, der auch an Josef Jacobi als Vorstandsvorsitzenden gerichtet ist.

## Bauerngeld

Auf ca. vier Mio. Euro belaufen sich die Schulden. Geld, das die Upländer Bauernmolkerei an Hochwald zahlen muss. Bei der Übernahme war vereinbart worden, dass Hochwald die Milch für die konventionelle Schiene liefert. Bedingung war, dass die Milch von der Upländer Bauernmolkerei bezahlt würde, nicht von Neukirchen, wo die Milch verarbeitet wurde. Hatte der Vorsitzende der Hochwaldgeschäftsführung, Dr. Engel, schon damals den Verdacht, Neukirchen könnte Probleme bekommen und Hochwald auf seinen Forderungen sitzen bleiben? Als Reaktion auf die hohen Schulden hat die Upländer Bauernmolkerei das Milchgeld gesenkt. Im Februar wurden 18 Cent einbehalten, die aber, so die Ankündigung, zu einem späteren Zeitpunkt nachgezahlt werden sollen. Im März

dass manche von ihnen sich getäuscht fühlen, weil sie nicht über die tatsächliche finanzielle Situation informiert wurden. Viele Fragen sind derzeit offen. Wird auch die Upländer Bauernmolkerei in die Insolvenz getrieben? Sollte man möglichst schnell einen Investor mit ins Boot nehmen? Fest steht: Bisher ist die Upländer eine eigenständige Bauernmolkerei. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, darum bemühen sich Geschäftsführung und Vorstand. Gleichzeitig gilt es aber, die Defizite der Vergangenheit aufzudecken, um aus den einmal gemachten Fehlern zu lernen. Als einen ersten Schritt in diese Richtung kann man die Einstellung eines Prokuristen auf Geschäftsführungsebene sehen. Auch muss ausgeschlossen werden, dass noch mehr Geld der Bauern verloren geht oder gar Höfe zu Grunde gehen. Hier sind alle Beteiligten gefordert, durch Transparenz Vertrauen wieder aufzubauen und nach individuellen Lösungen zu suchen, damit das Missmanagement der Molkerei nicht zur Existenzbedrohung ihrer Mitglieder wird. *mn*

# Konferieren in Berchtesgaden

Bauern kommen Ministern bei Konferenz zuvor

Die Bauern kamen mit ihrer eigenen Konferenz den Agrarministern der Länder zuvor, denn die Minister hatten ihre Konferenz noch gar nicht richtig angefangen, da hatten die Bauern schon ihre eigene Agenda aufgestellt. Während die Minister ihre Bürochefs und Ministerialbeamten zu Sondierungsgesprächen in das 5 Sterne Hotel Interconti auf dem Obersalzberg geschickt hatten, hielten die Bauern im übervollen Bräustüberl in Berchtesgaden schon eine Podiumsdiskussion darüber, wie sie sich eine „Agrarpolitik für eine bäuerliche, nachhaltige Landwirtschaft“ vorstellen und wünschen. Als Veranstalter fungierte dabei das Agrarbündnis, in dem sich eine Reihe von Organisationen wie der BDM, die AbL, der bayrische Bienenzuchtverein, der Bund Naturschutz Bayern, die Selbstvermarkter zwischen Watzmann und Waginger See und einige mehr zusammengetan haben um ihre gemeinsamen Interessen, nämlich eine Natur- und sozialverträgliche Landwirtschaft, die gut für Bauern und Verbraucher ist, zu fordern und fördern. Es ging um die Frage, wie eine gerechte und angemessene Bezahlung für landwirtschaftliche Produkte erreicht werden kann, die es auch Kleinbauern mit arbeitsintensiver Viehhaltung ermöglicht von ihrer Landwirtschaft ein Auskommen zu haben, ohne dieses mit Nebeneinkommen subventionieren zu müssen.

## „Weiter so“ ist keine Option

Moderatorin Gabi Toepsch vom bayrischen Rundfunk verknüpfte die Arbeit der Bauern mit der Kultur. Denn das aus dem lateinischen entlehnte Wort „Kultur“ bedeute hegen, pflegen und verschönern. Unter der gängigen Politik gingen aber jährlich weltweit 20 Mio. Hektar fruchtbarer Boden verloren und vor allem die industrielle Landwirtschaft trägt 25 Prozent der klimaschädlichen Emissionen bei. Deshalb sei auch die UN vor fünf Jahren in ihrem Weltagrarbericht zur Erkenntnis gekommen, ein „Weiter so“ sei keine Option. Bisher habe sich aber wenig verändert und manches sogar verschlechtert. Als erster hieb Romuald Schaber von Bundesverband deutscher Milchviehhalter in diese Kerbe: Er beschuldigte den Bayerischen Bauernverband

mit der Milchindustrie verquickt zu sein. Vielleicht sei es aber auch nur leichter, mit dem Strom und der Lobby der Mächtigen und Einflussreichen zu schwimmen. Das sei auch bezeichnend für Teile der gängigen Politik, so Schaber. „Wir haben uns aber entschieden, gegen den Strom zu schwimmen.“

## Dauerhafte Werte schaffen

Edith Lirsch, Landesvorsitzende der AbL Bayern, betont: „Die Flächensubventionen sind höchst ungerecht. Wir brauchen eine andere Subventionspolitik.“ Viele der bäuerlichen Arbeiten werden nicht bezahlt und insgesamt seien sie unterbewertet. „Wir stehen für das Greening“, so Lirsch. Subventionen sollten an den Arbeitsaufwand gebunden sein. Als oberstes Maxim für eine gerechtere Subventionspolitik sollte darauf geachtet werden, dauerhafte Werte zu schaffen und zu erwirtschaften. Walter Haefeker vom Verband der Berufsimker erklärte, die Agrarpolitik sei auch Bienenpolitik. Wenn die Landwirtschaft in Schwierigkeiten sei, seien das auch die Bienen. In diesem Zusammenhang bedankte sich Haefeker bei den hiesigen Bauern für ihre Ablehnung der Gentechnik. Streng beurteilte Haefeker den früheren Bauernverbandspräsidenten Gerd Sonnleitner. Während seiner Amtszeit hätte sich die Zahl der Bauern halbiert, sagte Haefeker und auch die Zahl der Bienenvölker sei drastisch, von 400.000 in 1990 auf jetzt 160.000, zurückgegangen. „Die Zukunft der Imker ist unlösbar verknüpft mit der Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft.“

Alois Albrecht



Moderatorin Gabi Toepsch vom BR, leitete gekonnt die Podiumsdiskussion im Bräustüberl Berchtesgaden. Auf dem Podium v. l.: Erwin Schöpoges vom EMB, Walter Haefeker vom Berufsimkerverband, Moderatorin Toepsch, BDM Vorsitzender Romuald Schaber, Edith Lirsch von der AbL und die Karte für den leer geliebten Sitz für den BBV.

Kurzes am Rande

## Schweinehalter gegen Preisdiktat

Scharfe Kritik übt der Schweinehalter-Verband ISW an der Erzeugerpreis-Drückerei durch marktbeherrschende Schlachtkonzerne. ISW-Geschäftsführer Andreas Stärk sprach in diesem Zusammenhang von „Preisdiktat“, „Abzocke“ und „Marktmanipulation“ und verwies auf die Einbehaltung von bis zu 17 Cent je kg Schlachtgewicht durch eine „völlig aus der Luft gegriffene Vermengung von Abrechnungssystemen“. Die vier großen Schlachtunternehmen Tönnies, VION, Westfleisch und Danish Crown hätten schon einen Marktanteil von 60 %. Kürzlich hatte bereits der Schweinehalter-Verband ISN darauf verwiesen, dass im letzten Jahr eine vollkosten-deckende Schweinehaltung nur in wenigen Wochen möglich gewesen sei. Als im Herbst die Schweinepreise, nach einem Rückgang des Schweine-Angebots, kurzfristig deutlich anstiegen, seien die Verbraucherpreise vom Lebensmittelhandel ebenso angehoben worden. Während aber dieses höhere Preisniveau im Handel andauere, hätten die Schlachtereien die Erzeugerpreise der Landwirte nunmehr erneut drastisch gesenkt. Dies geschehe mit der Drohung einer Kürzung der Menge angenommener Schweine, mit der Vorgabe der ausgezahlten Preise und durch Veränderungen in der Bewertung der verschiedenen Partien („Masken“) der Schlachtkörper. Damit, so die ISN völlig zu Recht, werde das Vertrauen zwischen Landwirten und Schlachtereien „mit Füßen getreten“. en

## Konzern-Landgrabbing mit Sonnleitner?

Der Chef des multinational agierenden AGCO-Fendt-Landmaschinen-Konzerns, Martin Richenhagen, verstärkt offenbar seine Aktivitäten auf afrikanischen Äckern. Bereits vor Jahren hatte er in einem Interview mit der Zeitung *Die Welt* erklärt, sein Konzern könne sich „auch vorstellen, in landwirtschaftliche Flächen zu investieren“, schließlich sei Ackerland für ihn „eine Anlageklasse mit Zukunft“. Anfang des Jahres lud Richenhagen nun Investoren, Produzenten und Politiker ins Berliner Hotel Adlon ein. Es ging um Afrika – „wie man dort mehr Lebensmittel produzieren und nebenbei auch noch Geld verdienen könnte“. In einem neuerlichen *Welt*-Interview betonte er, Afrikas Bauern hätten nicht viel Geld - Afrikas Landwirtschaft brauche deshalb Investoren sowie Know-How, Lagermöglichkeiten, Dünger, Pestizide und Landmaschinen. Richenhagen bestätigte, dass er im Beirat von Sapinda sitze, einer Investment-Firma des umstrittenen Unternehmers Lars Windhorst, die gerade 25.000 Hektar in Sambia kaufte und pachtete. Bei dem Berliner Afrika-Kongress dabei war laut *Welt* auch das AGCO-Aufsichtsrats-Mitglied Gerd Sonnleitner, Ex-Bauernverbands-Präsident und amtierender Präsident des europäischen Bauernverbands COPA dabei. en

## Antibiotika-Resistenz in Bodenbakterien

Harmlose Bodenbakterien können Antibiotika-Resistenzen, die sie von Krankheitserregern des Menschen übernommen haben, an andere Bodenbewohner und auch zurück an die Menschen übertragen. Im Fachmagazin *Science* berichten Wissenschaftler laut FR, dass sie Bodenbakterien fanden, deren Resistenzgene sie gegen fünf gängige Antibiotika-Klassen immun machen. Der Boden bilde damit ein wichtiges Reservoir von Resistenzen. pm

## 50 % MRSA und ESBL

In fast jeder zweiten Probe von importiertem oder einheimischem Hühnerfleisch fand das dänische Nationale Lebensmittel-Institut (DTU) im letzten Jahr antibiotika-resistente Bakterien. Wie die „Fleischwirtschaft“ berichtet, ging dabei der Anteil der besonders problematischen ESBL-Erreger deutlich nach oben. pm

Foto: Albrecht



## Bauernrechte weltweit!

„Ohne Land kein Leben“ unter diesem Motto – angesichts der sich verschärfenden Landgrabbing-Problematik aktueller denn je – demonstrierten am 17. April, dem Tag der Landlosen, zahlreiche Organisationen aus Entwicklungszusammenhängen gemeinsam mit der Abl vor dem Bundesaußenministerium in Berlin. Sie wiesen darauf hin, dass die Auseinandersetzungen um Land in aller Welt immer brutaler werden. Diskriminierung, Kriminalisierung und Vertreibung von Kleinbauern und indigenen Gemeinschaften nehme zu. Die Organisatoren der Aktion forderten die Bundesregierung und als direkten Adressaten den Bundesaußenminister dazu auf, im UN-Menschenrechtsrat die Rechte der Bauern einzubringen. Es gehe um Mitbestimmung und ein Leben in Würde, so Abl-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen. **cs**

## Totspritzen verbieten!

Die Abl hat die Agrarminister der Bundesländer anlässlich der Agrarministerkonferenz im April aufgefordert, den Einsatz von Glyphosat zur Sikkation (Abtöten von Getreide und Hülsenfrüchten zur Ernteerleichterung), aber auch in Kleingärten und auf öffentlichen Flächen zu verbieten. Zudem sollen die Rückstandskontrollen bei Lebens- und Futtermitteln (heimische und Importware), sowie Stroh, aber auch im Urin und in Gewässern flächendeckend erhoben werden, sowohl von Glyphosat als auch seinem Abbauprodukt AMPA. Eine Antwort gab es bislang von keinem Landwirtschaftsministerium. **av**

## Imker bezweifeln Gentech-Unbedenklichkeit

„Freilandversuch zeigt: Gentechnisch veränderte Maispollen nicht schädlich für Bienen“ – so das von-Thünen-Institut aus Braunschweig Anfang April. In den Jahren 2008 bis 2010 untersuchten Wissenschaftler die Wirkung von Maispollen auf Bienen. Dazu wurden Kunstbienenstöcke während der Maisblüte in Versuchspartellen in Flugkäfigen gehalten, in denen entweder gentechnisch veränderter (gv)-Mais oder konventioneller Mais gepflanzt war. Der gentechnisch veränderte Bt-Mais produziert Insektengifte, die sowohl auf Maiszünsler als auch auf Maiswurzelbohrer tödlich wirken. Imkerverbände bezweifeln die Unbedenklichkeit von Bt-Maispollen für Bienen. Ihrer Einschätzung nach ist die gewählte Versuchsanordnung meilenweit von realistischen Bedingungen entfernt. Die eigens geschaffenen Kunststöcke sind mit 1.100 Bienen viel kleiner als normale Wirtschaftsvölker mit ca. 50.000 Individuen. Zudem haben die Bienen leere Rähmchen bekommen, damit sie neue Waben darauf bauen müssen. Normalerweise sind die Waben in einem Wirtschaftsvolk ein bis zwei Jahre alt und damit die Keimbelastung wesentlich höher. Auf diese Weise hätten die Forscher am eigentlichen Problem und an der Realität „gezielt vorbeiforscht“, so Walter Haefeker vom Berufsimkerbund. **av**

## Auch Thüringen macht in Leguminosen

„Die mangelnde ökologische und soziale Nachhaltigkeit des Sojaanbaus in den großen Exportländern gebietet, das Importsoja in der Tierfütterung zu ersetzen“, stellte Thüringens Landwirtschaftsminister Jürgen Reinholz im Zusammenhang mit einer jetzt vorgestellten Studie des thüringischen Landesamtes für Landwirtschaft fest. Die Wissenschaftler ermittelten, dass Thüringen bereits jetzt in der Lage sei, sich selbst mit Eiweißfuttermitteln zu versorgen. In weiteren Projekten des Landesamtes sollen nun in den nächsten Jahren „die Möglichkeiten und Grenzen einheimischer Eiweißquellen in der Tierfütterung“ ausgelotet werden. Auch an dem angedachten Demonstrationsnetzwerk will man sich beteiligen und den Leguminosenanbau auch unter dem Aspekt seiner ackerbaulichen Vorzüge voranbringen. **cs**

Kurzes am Rande

# Bäuerlich Netzwerken

Abschied aus dem Landesvorstand Baden-Württemberg

Das war schon was besonderes damals in London, die Stadt, der Festakt, das altherwürdige Hotel“, Anneliese Schmech schmunzelt, wenn sie daran zurückdenkt, „und das wir dann diesen Preis gekriegt haben gegen alle Widerstände.“ 25 Jahre war die Bäuerin vom Bodensee im Abl-Landesvorstand Baden-Württemberg und gefragt nach den Highlights, kommt ihr die Erinnerung an die Verleihung des europäischen Umweltpreises 1994 für die Schlachthof-Initiative Überlingen in den Sinn. Die Rettung eines in Zeiten der Dezentralisierung und Überregulierung von der Schließung betroffenen regionalen Schlachthofes als Initiative eines damals noch seltenen gesellschaftlichen Bündnisses aus Bauern, Umwelt- und Tierschützern und Metzgern hatte einige Widerstände auf politischen und bürokratischen Ebenen überwinden müssen, bevor am Ende die Auszeichnung als beispielhaftes Projekt durch die Europäische Union stand. Das Schmieden gesellschaftlicher Bündnisse war und ist Anneliese Schmech immer ein besonderes Anliegen gewesen und hat sich aus ihrer Sicht in den ganz unterschiedlichen Themenfeldern bewährt, die sie in ihrer Abl Arbeit über all die Jahre beackert hat. Angefangen bei Milchkontingentierung und Staffelpreis, der sozialen Absicherung der Bäuerinnen und

dann auch bei der Gentechnik. „Das ist unser großer Vorteil in der Abl“, sagt Schmech, „wir haben immer auch auf die Bevölkerung gesetzt, haben uns vernetzt und damit immer auch noch wieder jemanden gefunden, der noch was zum Thema gewusst hat.“ Damit, so ihre Überzeugung, habe es die Abl auch geschafft aus der Krise, in der sie Anfang der 90er Jahre gesteckt habe, herauszukommen. „Wir mussten uns klar werden, dass es nicht richtig sein kann, jetzt alles an bäuerlichen Werten und Wissen und Kultur wegzuschmeißen, sondern es in die Gesellschaft zu tragen“, erinnert sie sich auch an die schwierigen Momente. Und schlägt den Bogen zur jüngsten Landesmitgliederversammlung, auf der Biobauer und Vordenker Martin Ott genau das eingefordert hat. Er hatte von einem Kredit gesprochen, den die bäuerliche Landwirtschaft der Gesellschaft gebe. Sie ermögliche vielen Menschen anderweitig zu arbeiten und Geld zu verdienen, gleichzeitig bleibe vom Geld nur eine Blase. Landwirtschaft habe hingegen einen beständigen Wert und wer solle den nicht besser dem Rest der Gesellschaft erklären können als die Bäuerinnen und Bauern selbst? Anneliese Schmech will dies auch weiterhin tun, nunmehr als einfaches Abl Mitglied, aber längst noch nicht als politische Altenteilerin. **cs**



Mit Schwung und Tatendrang macht sich der neue Landesvorstand in Baden-Württemberg an die vielfältigen Aufgaben, die er nach der Mitgliederversammlung ins Auge gefasst hat. Interne Arbeitsstrukturen sollen effektiver werden, Interessierte von außen sollten leichter den Weg zur Abl finden. Die inhaltlichen Landesthemen wie die Auseinandersetzung mit der Landesagrarpolitik, der Ausgestaltung des Agrarumweltprogramms des Landes (MEKA), oder der landwirtschaftlichen Ausbildung, sollen in Arbeitsgruppen stattfinden. Die Mitglieder des Vorstandes sind: Frieder Thomas (Geschäftsführer), Gudrun Schmolle-Emperle (Kassiererin), Franz Häußler (Beisitzer), Christian Bayer (stellv. Vorsitzender), Beate Beilharz (Beisitzerin), Friedhelm Mickley-Gansloser (Beisitzer), Petra Müller (Vorsitzende), Martin Schäfer (Vorsitzender), Birgit Strohmeier (stellv. Vorsitzende), Bigi Möhrle (Schriftführerin). Nicht auf dem Bild ist Bernhard Konrad (Beisitzer). **Foto: Abl-BW**



**Betriebsspiegel:**

Rebecca Simon, Ellingerode in Nordhessen, Landwirtin und seit Mitte April Bachelor Ökologische Agrarwissenschaften, Mitbegründerin der jungen Abl

Seit mittlerweile zwei Jahren bin ich dabei, gewaltfreie Kommunikation (GfK) zu lernen und in dieser Zeit hatte ich immer wieder Begegnungen mit „Fortgeschrittenen“, die mich mit einer tiefen Hoffnung erfüllt haben. So geschehen am vergangenen Wochenende, als ich in Witzenhausen an einem zweitägigen GfK-Vertiefungsworkshop teilnahm. Unter Anleitung der Trainerin Kim Ehlers beschäftigten wir uns mit

den Grundlagen der GfK und mit konkreten Gesprächssituationen, in denen wir uns in Urteile und Gedanken über uns selbst und den Gesprächspartner verstrickt haben. Wir übten, wie wir herausfordernde Äußerungen anderer Menschen so aufnehmen können, dass daraus ein lebendiger, bereichernder Austausch entstehen kann. Eine Übung bestand darin, aus verschiedenen inneren Haltungen heraus auf Sätze anderer Menschen zu reagieren: Abwehr, Selbstverurteilung, Selbsteinführung, Einfühlung mit dem Anderen. Das Prinzip der GfK besteht darin, eine Haltung der Selbsteinführung und der Einfühlung, die Gefühle und Bedürfnisse des Anderen einzunehmen. Der Satz „Fahr nicht so schnell!“ führte zu

folgenden Reaktionen der TeilnehmerInnen: „Ich fahr jetzt seit acht Jahren unfallfrei, der Mitfahrer hält die Klappe!“, „Mist, er hat recht, ich fahre oft nicht so vorausschauend.“, „Ich bin gerade ganz schön wütend, weil mir ein vertrauensvoller Umgang wichtig ist.“, „Ich höre, dass mein Beifahrer ängstlich ist und ein Bedürfnis nach Sicherheit hat.“

Dieses Beispiel erscheint erst einmal recht alltäglich und mit wenig politischer Dimension. Für mich steckt in der GfK allerdings ein riesiges gesellschaftliches Potential. Ich möchte politische Diskussionen nicht mehr mit dem Anspruch führen, andere von meinem Standpunkt zu überzeugen, weil ich dadurch erfahrungsgemäß am

Ende nicht zufriedener bin. Dies gilt für Diskussionen innerhalb der jungen Abl genauso, wie für die Diskussion mit einem CDUler. Es motiviert mich enorm, davon auszugehen, dass Frau Aigner keine Idiotin ist, sondern eben eine andere Strategie gewählt hat, um ihre Bedürfnisse zu erfüllen. Dies ändert nichts daran, dass ich wütend und traurig bin, zu sehen, wie die Artenvielfalt auf den Wiesen verloren geht, wie Schweine in industriellen Produktionseinheiten ihr Leben fristen müssen und wie bäuerliches Wissen durch den fortlaufenden Verlust an Höfen nicht bewahrt werden kann. Das erfüllt nicht gerade meine Bedürfnisse nach Sicherheit, Respekt und Entwicklung.

Also, welche Bedürfnisse sind es, die den Nachbarn beim Round-up spritzen antreiben? Wie schaffe ich es, seine Erklärung empathisch bis zum Schluss aufzunehmen? Wie schaffe ich es, ihn meine Bedürfnisse hören zu lassen ohne zu fordern? Um eine uns beide zufriedenstellende Lösung zu finden, glaube ich, dass Gefühle und Bedürfnisse vollständig ausgesprochen und gehört werden müssen.

Gewaltfrei zu kommunizieren erscheint mir heute schwieriger als vor zwei Jahren und gleichzeitig wächst mein Vertrauen in diese Art der Kommunikation. Ich bin froh, dieses Wochenende mit Kim und den anderen TeilnehmerInnen verbracht zu haben und danke der Abl für die Unterstützung.

Rebecca Simon

## Gewaltfrei

Die Hühner sehen sehr gut aus “ Es scheint ein eher seltener Anblick für den Kontrolleur, der im Auftrag einer Marke des Lebensmitteleinzelhandels bundesweit Geflügelbetriebe auf ihre Artgerechtigkeit prüft.

Das ist wohl auch der Grund, weshalb der Zustand der Tiere in seiner Checkliste gleich gar kein Prüfkriterium ist. Für die Stalleinrichtung, den Zustand der Sanitäreinrichtungen und Umkleieräume oder auch für die Gebäudesicherheit gibt es Punktevergaben. Das Tier an sich, sein Zustand, sein Wohlbefinden wird aber bestenfalls unter der Rubrik „Bemerkungen“ festgehalten. Es ist zugegebenermaßen auch einfacher, saubere Toiletten als gesunde und befiederte Hühner vorzuweisen. Vor allem je größer die Bestände sind.

Wir gehören in dieser Runde mit unseren 3.000 Hühnern zu den ganz Kleinen und merken während der Kontrollen immer wieder: Es ist eine andere Welt. Für den Auftrag dieses Kontrolleurs ist es wichtig, dass alles steuerbar und überwachbar ist. Möglichst viel technisiert, sodass die Versorgung der Tiere und letztendlich die Lebensmittelsicherheit auch menschenunabhängig gewährleistet wäre. Das ist für die Kontrolle von Großstrukturen, in denen eine gute Tierbetreuung nicht vorgesehen ist, nachvollziehbar. Befriedigend für einen Anspruch ans Tierwohl ist es nicht. Auch der Biobereich hat sich heftig in diese Richtung verirrt. Dabei kann die Technik die Betreuung nicht ersetzen. Und schon gar nicht die Tier-Mensch-Beziehung. Und auch nicht das Augenmaß. Es mag angesichts 3.000 Lebewesen abstrus klingen, aber unsere Hühner kennen uns und wir kennen unsere Hühner. Wir leben von unseren Tieren und mit ihnen. Deshalb hängt auch un-



## Unter Verschluss

ser gegenseitiges Wohlbefinden zusammen. Wenn etwas nicht in Ordnung ist, merken wir das nicht erst am Leistungsabfall.

Würde man den Gesamtzustand der Tiere als wirklich ernst zunehmendes Kriterium anerkennen, dann hätte man in der Vergangenheit schon vielen Fehlentwicklungen und Missständen begegnen können. Nicht nur im Geflügelbereich. Das hieße dann aber als Konsequenz die Aberkennung mancher Betriebsformen und in der Folge weniger günstige Markeneier für den Handel. Wer kann das wollen? Sicher nicht der Lebensmitteleinzelhandel und im Fall von Bio-Ware auch nicht jene Bioverbände, die in erster Linie eine größtmögliche Marktpräsenz anstreben. Aber die Skandalbilder sind auch schlecht fürs Geschäft. Also was tun? Die Antwort ist bisher: Mehr Kontrolle, mehr Vorschriften, mehr Auflagen, mehr Kosten für die Betriebe. Ein hoher Aufwand. Nicht fürs Tier. Für die Illusion, damit das Problem

mit den schlechten Bildern und dem angeschlagenen Image in den Griff zu bekommen. Unser Betrieb wird mehrmals im Jahr von den verschiedensten privaten und behördlichen Kontrollen geprüft. In den letzten Jahren haben sich bei allen Kontrollinstanzen viele Auflagen verschärft, zum Teil bis zur Absurdität. An den Skandalen hat es nichts geändert. Es scheint ein hilfloses Abarbeiten an den agrarindustriellen Strukturen, von denen man doch nicht lassen will. Und es sieht nicht wirklich so aus, als wollten die Beteiligten daran so schnell was ändern.

Inzwischen sind wir fast am Ende mit der Prüfung der Unterlagen, den Räumen und dem Stall. Da beugt sich der Kontrolleur zum Schlüsselloch der Stalltüre und stellt fest, dass dieses leer ist. Auch keine Kette oder Schloss. Er bemerkt vorwurfsvoll, dass wir den Stall so gar nicht abschließen könnten und blickt besorgt in die Zeile „Gebäudesicherheit“, wo noch ein Häkchen fehlt.

Ja, da hat er recht. Wir schließen nicht ab. Hier gibts nichts zu klauen und die Hühner würden im Entführungsfall schreien. Wir schlafen keine 80 Meter von hier, und dann ist da auch noch der Hund. Er findet es trotzdem wichtig, dass wir abschließen könnten. “Denken Sie doch auch an die Tierschützer, die nachts kommen und heimlich Aufnahmen machen.“ Ah ja, das ist natürlich ein Argument - für ihn. Aber die Tierschützer kommen bei uns eigentlich tagsüber und kaufen ihre Eier im Hofladen, zeigen ihren Kindern die Hühner. Es ist doch eine andere Welt.

Bärbel Endraß

**Betriebsspiegel:**

Biohof Bärbel und Jörg Endraß  
Freiland-Geflügelhaltung 3.000  
Legehühner, Kükenaufzucht 3.500  
Tiere/ Jahr,  
12 Shropshire Mutterschafe  
6 ha Grünland/ Weide ,  
2 ha Weihnachtsbäume und Reisig  
2 ha Wald  
Vermarktung: Direktvermarktung  
und über Erzeugergemeinschaft

## Pestizide in der Debatte

„Es ist nicht zu erkennen, dass der Nationale Pestizid-Aktionsplan die richtigen Prioritäten setzt“, kommentiert das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) das Ende eines nun Jahre andauernden Prozesses. Einen weitgehend unzureichenden Plan hatte das Bundeskabinett noch flott vor Ostern durchgewunken, zwar werden Probleme benannt, die mit dem Einsatz von Pestiziden verbunden sind, Konsequenzen in Form von Auflagen werden aber kaum gezogen. Dabei zeigt das Beispiel der jüngsten Diskussionen um die bienenschädlichen Wirkungen der Neonicotinoide, wie wichtig ein konsequenter Umgang mit dem Thema wäre. Der Wirkstoff könnte nun auch in seiner Anwendung bei Raps und Rüben verboten werden, da er über das Verdunstungswasser an den Pflanzen schädigend auf Bienen wirken könne. Bislang wurde hauptsächlich das Verbot als Maisbeizmittel debattiert. „Jetzt jammert die Pflanzenschutzmittelindustrie, dabei hat sie es versäumt, Alternativen zu entwickeln“, kommentiert ABL Bundesvorsitzender Bernd Voß. **cs**

# Eier, woher kommt ihr?

Nach jedem Skandal stellt sich die Frage nach den Produktionsstrukturen und es eröffnet sich Chancen für Regionalität.

Die negativen Schlagzeilen zu Überbelegung und schlechtem Gesundheitszustand von Legehennen, auch im Biobereich, haben für viele wieder einmal die Frage nach der Herkunft ihrer Eier in den Vordergrund gerückt. Wie die Erfahrungen aus vielen vorangegangenen Lebensmittelskandalen gezeigt haben, ist die Beschäftigung vieler Verbraucher mit der Herkunft und den Produktionsbedingungen ihrer Lebensmittel aber nur eine kurzzeitige Erscheinung. Das umdenken im Laden, der Griff zu den teureren, und deshalb vermutlich auch für die Hennen besseren, Eiern aus Boden-, Freiland- oder Biohaltung ist für viele schon der weitestgehende Schritt. Die wirklichen Strukturen und Größenordnungen der Eierproduktion bleiben den meisten für immer verborgen.

## Wunderschöne Hühner

Max Engelwald ist ein Überzeugungstäter. Er hält seine Hühner im Freiland. Sein Mobilstall mit den 225 Hennen setzt er einmal die Woche um. „Die Hühner zerstören sonst die Grasnarbe und graben bis zu einem halben Meter tiefe Löcher,“ berichtet der Hühnerhalter seine Erfahrungen. Die Eier vermarktet er direkt. Ein ausgedienter Sandwichautomat ersetzt den Hofladen. Die Kunden kommen, werfen ihr Geld ein und bekommen die Eier aus dem Automaten. Bis zu 80 Kilometer fahren seine Kunden um seine Eier, und Milch vom Partnerbetrieb, ebenfalls selbst gezapft, am Automaten zu holen. „Am Wochenende ist immer die Hölle los.“ Da verlängern sich die Zeiten für das Eiersammeln der noch warmen Eier aus den mit Dinkelspelzen eingestreuten Legenestern enorm. Die vielen Besucher wollen die

Hühner anschauen, haben Fragen. Auch Max Engelwald stellt gerne eine Frage. „Wie viele Hühner glauben Sie, sind das?“ Die Antworten liegen zwischen 60 und 80 Stück. Wenn die Besucher erfahren, dass es über 200 Tiere sind, sprechen nicht wenige von Massentierhaltung. Das zeigt, wie unklar dieser Begriff verwendet wird und wie sehr er von den individuellen Vorstellungen und Erfahrungen des Betrachters abhängt. Dabei werden in bäuerlichen Legehennenbetrieben üblicherweise Herden mit 3.000 Tieren gehalten. Und selbst wenn ein Betrieb zwei derartige Herden hat würde keiner, der mit der Materie vertraut ist, von Massentierhaltung sprechen.

## Kontakt schafft Vertrauen

Viele Kunden waren es nicht, die auf den Hof von Bäbel Endraß kamen, um sich ihre Legehennen anzuschauen. Dabei hatte sich die Bäuerin aus Süddeutschland, nach bekannt werden der schlechten Haltungsbedingungen in Tiemanns Ställen, offensiv und schriftlich an ihre Kunden gewandt und zu einer Besichtigung aufgefordert. Trotzdem sind die Kunden nicht ferngeblieben. Wie immer nach Skandalmeldungen, stieg die Nachfrage auf dem Markt. Das große Vertrauen rührt offenbar aus dem direkten Kontakt. „Die Kunden kennen uns und vertrauen uns“, ist sich die Bäuerin sicher. Im Gegensatz zu Max Engelwald, laufen im Stall der Familie Endraß 3.000 Hennen. Die Hühner sind der zentrale Betriebszweig. Ökonomisch rentabel sind sie, weil die Kükenaufzucht, die Vermarktung der Eier sowie die Schlachtung und der Verkauf der Suppenhühner in einer Hand liegen. Die Rentabilität der Eierproduktion hängt von einzelnen Cent ab, die ein Ei mehr oder weniger kostet. Ein wichtiger Kostenfaktor ist auch der Preis der Junghennen: günstige Tiere gibt es schon für sechs Euro. Die sind dann aber für die Freilandhaltung meist ungeeignet. Denn in der Kükenzeit gilt es für das zukünftige Freilandhuhn, zu lernen auf Sitzstangen zu klettern, zu rennen, zu scharren und vor allem nicht den eigenen Spieltrieb durch Federpicken an seinen Artgenossen auszuleben. Hierfür brauchen die Küken Platz, Strukturen wie Sitzstangen und Stroh zum scharren. Faktoren, die Zeit und Arbeit bedürfen und daher die Kosten für die Legehennen steigen lassen. Mit der eigenen Aufzucht haben Endraß' die Qualität ihrer zukünftigen Hennen selbst in der Hand. Geimpft wird nur, was vorgeschrieben und für die individuelle Situation unbedingt notwendig ist. Am Ende sind die Junghennen 4,75 Euro

teurer als die günstigen Massenaufzuchten.

## Verschiedene Vermarktungsebenen

Das Ende der Legeperiode ist meist auch das Ende des Hühnerlebens. Für viele Betriebe, ohne eigene Schlachtereie, entsteht ein Entsorgungsproblem. Oft sind die Betriebe froh, wenn sie noch zwei Euro pro Althenne bekommen, die dann irgendwo in der Republik geschlachtet und weiter vermarktet wird. Nicht selten wird für die Hennen kein Erlös mehr erzielt. Spätestens hier zeigt sich, wie sehr sich die ökologische Eierproduktion an den konventionell-industriellen Vorgaben orientiert. Geringe Investitionskosten bei den Junghennen, hohe Legeleistung, möglichst kostenneutrale Verwertung der Althennen. Vor allem in Bezug auf die Herdengesundheit hat dieser Ansatz trotz seiner betriebswirtschaftlichen Logik negative Auswirkungen. Wenn die Legehennen am Ende nichts wert ist, braucht sie auch keinen Fleischansatz mehr zu haben. Linien, die rein auf die Eierproduktion ausgerichtet sind entsprechen genau dieser Anforderung. Kein Gramm Futter in Fleisch. Allerdings sind die Tiere von ihrer Konstitution weniger stabil und flexibel. Insbesondere kurzzeitiger Futter- bzw. Wassermangel und Futterumstellungen führen sofort zum Zusammenbruch, da die Tiere über keinerlei körpereigene Reserven verfügen. Ein Huhn, das am Ende als Lebensmittel verkauft wird, darf bzw. muss dagegen fleischiger sein. Der Verkauf deckt die höheren Futterkosten.

## Unklare Grenzen

Die Lebensmittelströme sind gewaltig. Wer in der Stadt lebt, kann seine Eier nur selten direkt beim Erzeuger kaufen. Nicht selten stehen auch auf den Märkten nicht die Direktvermarkter, sondern kleinere Händler. Große Nachfrage deckt sich durch große Betriebsstrukturen. Im Discounter wird man wohl immer Ware aus durchrationalisierten Betrieben, auch Biobetrieben, bekommen. Für den Verbraucher bleibt es schwierig, die Grenzen zu erkennen. Umso mehr sind die Verbände, allen voran die Bioverbände, gefordert, klare Richtlinien zu erarbeiten, die eine bäuerliche Produktion sicherstellen. Schon jetzt sind viele bewusste Verbraucher von den Skandalen im Biobereich verunsichert. Sie orientieren sich zu regionalen Produkten, die ihnen mehr Sicherheit zu versprechen scheinen. Nur wenn es gelingt, die Produktionswirklichkeit mit dem Bild des Verbrauchers in Einklang zu bringen, kann sich eine stabile Beziehung aufbauen. Hierzu wird es nötig sein, sich von industriellen Strukturen auf der einen und von Bauernhofromantik auf der anderen Seite zu verabschieden.



Eierdirektvermarktung auf dem Wochenmarkt in Jever Foto: Zaubervogel/pixelio

Die EU-Agrarreform nach Deutschland holen. Das wird in nächster Zeit eine wichtige Aufgabe von Politik, Verbänden und Bündnissen sein. Angefangen hat dies schon mit der deutschen Agrarministerkonferenz in Berchtesgaden. Natürlich muss zunächst der Reformprozess in Brüssel weitergeführt und auch begleitet werden. Aber schon jetzt wird deutlich, dass es in vielen heiß diskutierten Punkten, wie beispielsweise Details des Greening, Kappung und Staffelung, Zahlungsaufschlag für die ersten Hektare, Umschichtung von Haushaltsmitteln in die 2. Säule und Bedeutung von Erzeugerzusammenschlüssen, auf den Willen zur Umsetzung und Gestaltung der nationalen Regierungen ankommen wird. In Deutschland bieten sich insbesondere durch die anstehenden Wahlen in Bayern, Hessen und im Bund einige Möglichkeiten eine öffentliche Plattform für Agrarpolitik zu schaffen. Dabei spielen aktuelle agrarpolitische Diskussionen um Tierschutz und Strukturen von Landwirtschaft und Wertschöpfungsketten genauso eine Rolle wie die gesamtgesellschaftliche Frage nach einem angemessenen Einkommen. Um bäuerliche Betriebe gegenüber industriellen Strukturen zumindest ansatzweise besser zu stellen als bisher, können diese Themen zusammen mit der Einforderung und wirksamen Gestaltung der angebotenen Maßnahmen der EU-Agrarreform genutzt werden.



## Handzahn auf der Höhe

Verhaltener Protest zur Konferenz der Agrarminister in Berchtesgaden

Unweit von Hitlers Berghof auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden, den er seinerzeit vom Ferienquartier zur Festung umbauen ließ, trafen sich die Länderagrarminister mit Bundeslandwirtschaftsminister Ende März zur Agrarministerkonferenz. Schon bei so mancher anderen Agrarministerkonferenz wünschten sich die Beteiligten angesichts wütender Bauernproteste wohl gern in eine Festung, hier waren zwar auch hunderte, vor allem Milchbauern und Milchbäuerinnen, organisiert durch den Bundesverband deutscher Milchviehalter, über die Tage der Konferenz vor Ort, aber sie gaben sich alles in allem eher handzahn. Da wünschte sich auch die eine oder andere gerade von den Bäuerinnen vor Ort etwas mehr als nur „wir wedeln mit den Fahnen und übergeben freundlich ein Manifest“, wie die aus Niedersachsen angereiste Milchbäuerin Johanna Böse-Hartje formulierte. Der graue Schneeregen machte das Ganze nicht gerade besser. Gut gefiel ihr dagegen der Redebeitrag von Erwin Schöpges, vom European Milk Board, der sehr wohl Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner in die Verantwortung nahm und ihr direkt vorwarf, für den Strukturwan-

del und das Bauernsterben in Europa mit ihrer Politik verantwortlich zu sein. Er forderte sie auf, nicht länger die fortschrittlichen Bemühungen von EU-Kommissar Dacian Ciolos zu blockieren. Schöpges hatte sogar das Glück, dass Aigner sich seine deutlichen Worte erst einmal anhören musste, bevor sie schließlich, sichtlich nicht amüsiert, zur Tagung verschwand. Zuvor hatte sie, wie auch Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU), den Bäuerinnen und Bauern wieder einmal versucht zu erklären, warum man keine Politik machen könne, die ihren Forderungen entspricht, obwohl man doch auch nur das Beste wolle. Europa, der Weltmarkt, die Zwänge, der Wahlkampf...

### Bündeln zulassen

Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbandes deutscher Milchviehalter, kritisierte die Ministerinnen und Minister dafür, den Bauern vorzuhalten, feste Preise zu wollen - man wolle keine Planwirtschaft sondern Rahmenbedingungen, die kostendeckende Preise ermöglichten, machte er einmal mehr den Unterschied deutlich. Er begrüßte die Möglichkeiten, die sich durch die natio-

nale Umsetzung der EU-Agrarreform bieten würden, die Chancen müssten nun von der parteifarbig bunteren Ministerinnenriege aber auch genutzt werden. Lediglich Niedersachsens neuer grüner Landwirtschaftsminister Christian Meyer versprach sich mit den Forderungen nach mengenregulierenden Elementen und Hilfen bei der Bündelung für die Belange der Milchbauern einsetzen zu wollen. Er wolle sich in Brüssel dafür stark machen, dass ein gemeinschaftliches Organisieren der Bauern und Bäuerinnen nicht auf den Grad von sechs Prozent begrenzt werde und verglich das mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad in einem Unternehmen, der ja auch nicht begrenzt würde.

### Die Welt retten

Andere Minister und Ministerinnen kamen gar nicht erst auf den Bühnenanhang. Auch inwieweit sie von den 300 Treckern beeindruckt waren, die am letzten Tag der Konferenz um den Obersalzberg aufzufahren, ist nicht überliefert. Zurück schließlich reisten einige Bauern und Bäuerinnen, die gerade in Bayern offenbar immer noch hoffen, dass „Brunner für sie die Welt rettet“, wie Böse-Hartje es etwas konsterniert

formulierte. Ob die Ministerinnen und Minister viel glücklicher nach Hause fahren ist angesichts der mageren Ergebnisse, auf die sie sich einigen konnten ebenfalls fraglich. Hervor sticht immerhin das klar formulierte Bekenntnis, die Möglichkeit einen Prämienaufschlag für die ersten Hektar umzusetzen wahrnehmen zu wollen. Zwar wird es auch da erneut Gezerre darum geben, wie die Ausgestaltung im Detail aussehen soll, aber klar ist, durch die neuen politischen Mischungen unter den Agrarministerinnen und Agrarministern und unter dem Damoklesschwert der anstehenden Wahlen in Hessen, Bayern und Bund, sind auch die sonst sehr auf Bauernverbandskurs segelnden Kandidaten bereit die eine oder andere Kröte zu schlucken. Interne Arbeitsgruppen werden nun versuchen eine gemeinsame Linie bis zur nächsten Agrarministerkonferenz im Herbst zu entwickeln, eventuell gibt es im Sommer noch ein Sondertreffen in Berlin. Den Bauern und Bäuerinnen bleibt es nun vorbehalten, den Druck auf ihren jeweiligen Landesminister bzw. Landesministerin zu erhöhen, um die Umsetzung der EU-Agrarreform in ihrem Sinne mitzugestalten. cs

# EU-Agrarreform entscheidet sich in nationaler Umsetzung

Deutschland muss sich entscheiden. Erhebliche Verantwortung auch bei Direktzahlungen

Noch vor dem für Ende Juni angepeilten Abschluss der Verhandlungen der Gesandten von EU-Parlament, EU-Agrarministerrat und EU-Kommission ist klar, dass sich die konkrete Ausgestaltung der EU-Agrarreform in wichtigen Bereichen auf nationaler Ebene entscheiden wird. Das betrifft nicht nur – wie gewohnt – die 2. Säule der Ländlichen Entwicklung, also die Frage, ob Geld und wie viel für welche Agrarumweltmaßnahmen, Ökolandbau, Stallbauten, Wegebau und anderes eingesetzt werden soll. Auch bei den Direktzahlungen gibt es umfangreiche Gestaltungs-Möglichkeiten für die Mitgliedstaaten, und

fordert hat, oder auf 30 oder bis zu 50 Hektar. Für Deutschland stellt die EU ab 2014 gut 5 Milliarden Euro pro Jahr bereit, so dass 30 Prozent einer Summe von 1,5 Milliarden Euro entspricht, die umverteilt werden kann. Werden die ersten 50 Hektar aufgewertet, ergibt die Rechnung, dass sich für die ersten 50 Hektar die Zahlung effektiv um gut 90 Euro erhöht. Betriebe mit 100 Hektar blieben auf „alter“ Höhe, größere Betriebe verlieren dagegen. Wird die Grenze nicht bei 50, sondern bei 20 Hektar gezogen, ließe sich der Aufschlag unten noch erheblich erhöhen. Abstufung oben. Auch die Abstufung und Kappung (Obergrenze) bei

schlag unten und die Kappung oben offenbar in einen Zusammenhang stellen soll: Die Ministerinnen „halten einen bundeseinheitlichen Zuschlag für die ersten Hektare für geboten sowie einen Verzicht auf Kappung und Degression“. Während also die genaue Ausgestaltung des Zuschlags für die ersten Hektar noch unklar ist, haben sich die Minister auf eine Ablehnung von Kappung und Degression (mit Arbeitsbezug) wieder einmal weitgehend geeinigt. Für den Aufschlag unten hatten sich im Vorfeld der Konferenz u.a. Bayerns Agrarminister Helmut Brunner und der Niedersachsen Christan Meyer ausgesprochen. Gegen die Kappung

tung dieser 2. Säule ergeben. Und da die so umgeschichteten EU-Mittel nicht durch Landesmittel kofinanziert werden müssten, ist diese Umschichtung auch für die Landesfinanzminister sehr interessant. Alle Grünen-Minister und der SPD-Agrarier Till Backhaus aus Mecklenburg-Vorpommern wollen, dass Deutschland diese Umschichtung vollzieht. Der Deutsche Bauernverband ist strikt dagegen sowie Bundesministerin Aigner, der Bayer Brunner und auch der Brandenburger Minister von der SPD. In der Agrarministerkonferenz gab es keine Einigung zu diesem Punkt, nur ein Prüfauftrag an eine Bundesländer-Arbeitsgruppe wurde beschlossen.

## Bundesweite Angleichung?

Auf der Tagesordnung steht der höchstgerichtliche Auftrag aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die unterschiedlichen Zahlungsniveaus der verschiedenen Prämienregionen bzw. Bundesländer im Zuge dieser Reform aufzuheben. Insbesondere Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen drängen darauf, denn hier liegt die Höhe der Zahlungsansprüche deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Gegen eine schnelle Angleichung sind auf der anderen Seite die Minister aus den Ländern, die über dem Durchschnitt liegen. Wer hätte das gedacht...

Es scheint vor den Wahlen keine Einigungen mehr zu diesen Punkten zu geben. Erst einmal wird gerechnet und abgewogen, welche Maßnahme welche Auswirkung auf die Finanzverteilungen auf die 16 Bundesländer haben wird.

## Greening noch offen

Keine konkreten Beschlüsse gibt es auch zur Umsetzung des Greenings. Das liegt vor allem daran, dass noch nicht klar ist, auf was genau sich in Brüssel Parlament, Agrarrat und Kommission einigen werden. Absehbar ist, dass es vor allem bei den Vorgaben zum Erhalt des Dauergrünlands und zum Nachweis ökologischer Vorrangflächen viel nationalen Spielraum geben wird. Bei letzterem wird vor allem die Frage zu beantworten sein, welche (Agrarumwelt-)Maßnahmen als „Flächennutzung im Umweltinteresse“ anerkannt werden und ob es eine ökologische Gewichtung bei einzelnen Maßnahmen geben wird. Bei der Fruchtartenvielfalt wird wohl mehr von Brüssel direkt vorgegeben. Diese EU-Agrarreform ist noch lange nicht abgeschlossen. Die letzten Beschlüsse werden erst 2014 fallen, so dass nicht nur Unsicherheiten fortbestehen, sondern auch Einflussmöglichkeiten in alle Richtungen. *uj*



Jetzt gilt es für eine nationale Umsetzung im Sinne der bäuerlichen Landwirtschaft zu kämpfen.

Foto: Herzog

zwar sowohl bei der Bemessung der Zahlungen für verschiedene Betriebe bzw. unterschiedlich strukturierte Betriebe als auch beim Greening (siehe Bauernstimme 4/2013).

## Mehr für die ersten Hektar

Die Mitgliedstaaten können eine Summe von bis zu 30 Prozent aus dem Topf für Direktzahlungen nehmen und diese Summe auf die ersten Hektar umlegen. Sie können selbst entscheiden, ob sie die Summe auf die ersten 20 Hektar legen, wie der AbL-Bundesvorstand ge-

sehr hohen Prämienbeträgen je Betrieb wird wohl in die Verantwortung der Mitgliedstaaten gelegt. Wie groß dabei der Spielraum für die nationale Ebene zur konkreten Ausgestaltung sein wird, das steht noch nicht fest – ist noch Gegenstand der Brüsseler Verhandlungen. Aber geben wird es die Möglichkeit einer Stafflung oben. Auf der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern am 12. April im bayerischen Berchtesgaden haben sich die Agrarministerinnen und -minister auf folgende Formulierung verständigt, die den Auf-

sind wie gewohnt alle Ost-Minister, egal welcher Parteizugehörigkeit.

## Ausgleich für 2. Säule

Ein weiterer Punkt hat in den ministeriellen Beratungen von Berchtesgaden für viel Streit und Diskussion gesorgt. Die EU-Agrarreform ermöglicht den Mitgliedstaaten, bis zu 15 Prozent der Direktzahlungssumme zu verwenden, um die 2. Säule (Ländliche Entwicklung) finanziell zu stärken. Würde man das voll ausschöpfen, würde sich in einigen Bundesländern eine Verdoppelung der heutigen Finanzausstat-

# Gerangel um Steuerungsmöglichkeiten und Schwerpunkte

Darstellung der EU-Positionen zu Marktordnung und ländlicher Entwicklung in der Agrarreform

Der Trilog zwischen Kommission, Parlament und Rat hat begonnen, nachdem letztere im März ihre jeweilige Position zum Vorschlag der Kommission festgelegt hatten. Bis Juni soll ein gemeinsames Reformpaket entstehen. In der letzten Bauernstimmte wurde der Stand zur Bindung der Direktzahlungen an das Greening sowie Maßnahmen für eine ausgewogenere Verteilung vorgestellt. Es folgt nun ein Einblick in den Bereich der Marktordnung und in die 2. Säule (ländliche Entwicklung). Insgesamt hinkt der Reformprozess im Zeitplan hinterher. Deshalb hat die Kommission unter dem Motto „Bestehende Regeln, neue Haushaltsmittel“ Mitte April Übergangsbestimmungen für das Jahr 2014 vorgeschlagen: Die Direktzahlungen bleiben 2014 an die Cross Compliance gebunden, das Greening wird, wie auch immer, erst 2015 greifen. Die laufenden Programme der ländlichen Entwicklung sollen mit Mitteln des neuen Haushalts fortgesetzt werden können. Zusätzlich besteht schon die Möglichkeit, Geld zwischen 1. und 2. Säule umzuschichten.

## Gemeinsame Marktordnung

Die bekannten steuernden Instrumente bleiben erhalten: (sehr niedrige) Interventionspreise, Lagerhaltung, Exporterstattungen und Importzölle. Soweit sind sich die drei europäischen Institutionen einig. Allerdings will das Parlament die drei erstgenannten Maßnahmen stärker als Sicherheitsnetz bei akuten Marktkrisen verstanden wissen und nicht als regelmäßigen Umgang mit Überschussmengen. In die Einleitung der Verordnung hat das Parlament immerhin zwei Abschnitte zur weltweiten Verantwortung der EU-Agrarpolitik eingefügt: Die Marktordnung soll konsistent mit den Entwicklungshilfezielen der EU Politikleitlinien zur Ernährungssicherheit sein und die Lebensmittelproduktion zur Versorgung vor Ort in Entwicklungsländern nicht behindern. Auch den EU-Mitgliedsstaaten soll die Ernährungssouveränität, d.h. die Ausrichtung der Produktion entsprechend den eigenen Bedürfnissen, möglich sein. Die Mehrheit der Parlamentarier regte Zollvorteile für Agrarimporte an, die unter Wahrung der Menschenrechte sowie unter mit innereuropäisch vergleichbaren Umwelt- und Sozialstandards erzeugt wurden. Dies würde einer Forderung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) nach einem „Qualitativen Marktzugang“ für Importwaren nahekommen.



Nicht alle erheben die Stimme...

## Umgang mit Überschüssen

Interventionsmaßnahmen will die Kommission je nach Erzeugnis in festgelegten Zeiträumen entweder generell anbieten (Weizen, Butter, Magermilchpulver) oder entsprechend der Marktsituation (Mais, Gerste, Reis, Rindfleisch). Die Aufkaufpreise orientieren sich dabei an festgelegten Referenzpreisen. Das Parlament will die Intervention weiter fassen und stärkere Anpassungsmöglichkeiten an Marktsituationen schaffen. So fallen festgelegte Zeiträume weg und es gibt erhöhte zugesicherte Interventionsmengen. Die Referenzpreise sollen nicht festgelegt und allein der Entscheidung des Rates überlassen werden. Stattdessen sollen bei regelmäßigen Anpassungen besonders die Produktions- und Inputkosten berücksichtigt werden. An dieser Stelle hat der Rat klargestellt, dass es entsprechend der EU-Verträge ausschließlich in seiner Hand liegt, Referenz- und Interventionspreise sowie die Ausgestaltung der öffentlichen Lagerhaltung festzulegen.

## Einflüsse im Milchmarkt

Im Kommissionsvorschlag ist die Förderung von Erzeugerzusammenschlüssen grundsätzlich über die 2. Säule vorgesehen. In der Marktordnung finden sich zusätzlich u.a. zur Milch spezielle Vorgaben für die gemeinsame Vermarktung: Entsprechend dem Milchpaket von 2011/2012 soll der Mengenananteil der von einer Erzeugerorganisation verhandelten Milchmenge maximal 3,5 Prozent der gesamten europäischen Produktion oder höchstens 33 Prozent der gesamten nationalen Produktion eines Mitgliedsstaates betragen. Hier liegt ein weiterer strittiger Punkt: das Parlament verfolgt den Ansatz zur Stärkung der Erzeuger in der Wertschöpfungskette weiter und der Rat versucht dies mit verstärkten Auflagen zu begrenzen. Nach Vorstellungen von

Kommission und Parlament können Verhandlungsergebnisse von regional repräsentativen Zusammenschlüssen, die mehr als 2/3 der Menge oder mehr als 50 Prozent der Erzeuger bündeln, vom Mitgliedstaat sogar als allgemeinverbindlich auch für nicht Beteiligte in der Region erklärt werden. Der Ministerrat will das ausschließen. Als spezielle Eingriffsmöglichkeit in den Milchmarkt hat das Parlament ein neues, ebenfalls vom Rat abgelehntes, Instrument vorgeschlagen, um mit Überschussmengen umgehen zu können: den freiwilligen Lieferverzicht. Im Falle starker Marktungleichgewichte und unter Berücksichtigung von Produktions- und Inputkosten könnten demnach Milchproduzenten, die ihre Produktion für mindestens drei Monate um mindestens fünf Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum einschränken, eine Prämie ausbezahlt bekommen. Gleichzeitig müssten Milchviehhalter, die ihre Produktion um fünf Prozent ausgedehnt haben, eine Abgabe zahlen. Der Rat setzt stattdessen auf Produktionsausweitung und Intervention.

## Ländliche Entwicklung

Der Ministerrat hat die Möglichkeit zur Umverteilung von bis zu 15 Prozent der Mittel aus der 1. in die 2. Säule oder andersrum bestärkt und dem Ermessen der Mitgliedstaaten überlassen. Wichtig ist dabei, dass umverteilte Mittel für die ländliche Entwicklung nicht durch die Länder kofinanziert werden müssen. Für die Mittel des direkt vorgesehenen Budgets ringen Kommission, Parlament und Rat um die Prioritäten, die sich am bisherigen Verteilungsschlüssel und noch offenen Kriterien festmachen sollen. Stark verändert ist der Kommissionsvorschlag bei den EU-Anteilen an der Kofinanzierung für Maßnahmen zur Förderung von Agrarumwelt und Klimaschutz: Der Satz wurde von 50 Prozent auf 75 Prozent erhöht. Neu in der 2. Säule und ebenfalls im Grundsatz akzeptiert, scheint ein Sortiment

von neuen Instrumenten zur Risikoabsicherung. Dadurch würden z.B. Versicherungssysteme zur Entschädigung von Landwirten bei Verlusten durch schlechte Witterungsbedingungen, Tier- und Pflanzenkrankheiten, Schädlingsbefall, Umweltkatastrophen oder Wildtierschäden zu einem Teil staatlicher Unterstützung.

## Benachteiligte Gebiete

Wichtiger Knackpunkt im Bereich der Förderung von ländlicher Entwicklung sind die Ausgleichszulagen für benachteiligte Gebiete. Die Kommission sieht hier eine einheitliche Neuabgrenzung der Gebiete an Hand von biophysikalischen Kriterien, wie Hanglage oder Bodenwert, vor. Parlament und Rat setzen sich für eine Verschiebung der neuen Einteilung sowie eine flexiblere Ausgestaltung der Kriterien ein. Das Parlament fordert einen gesonderten Vorschlag der Kommission bis Ende 2014. Der Rat sieht mehr Spielraum vor und will die Neubewertung auf 2016 verschieben. Insbesondere die Bezugsfläche soll von Gemeinden auf Gemarkungen runtergebrochen werden, um eine stärkere Differenzierung zu ermöglichen. Weiterhin verlangen die Agrarminister Toleranzschwellen um die Neuabgrenzung benachteiligter Gebiete flexibler vornehmen zu können. Diese kritisierte Ciolos jedoch direkt als wenig transparent. *cw*



... gegen Dumping durch Subventionen

Foto: Kölling

# Die Umwelt leidet unter der steigenden Betriebsgröße

Die Statistik lässt klare Zusammenhänge zwischen der Umweltwirkung und der Agrarstruktur erkennen.

Die Debatte, ob es einen Zusammenhang zwischen der Politik des „Wachsens und Weichens“, zwischen dem Wachstum und der Spezialisierung der Betriebe einerseits, der Wirkung der Landwirtschaft auf die Umwelt andererseits gibt, begann Mitte der 80er-Jahre. Die Frage nach einem Zusammenhang zwischen der Politik des Wachsens und Weichens sowie der Umweltwirkung der Landwirtschaft ist immer eine hochwichtige Frage gewesen – hochwichtig und höchst umstritten, möchte doch die Wachstumslandwirtschaft auch gerne mit dem Anschein daherkommen, das Wachstum der Betriebe gehe nicht einher mit negativen Umweltwirkungen. Spätestens mit dem „Greening“ der 1. Säule wurde das Thema wieder zu einem

Schwerpunkt der Agrarpolitik: „Mein Ziel war immer nachhaltige Produktionsmethoden auf diesen Flächen (gemeint sind die sieben Prozent ökologische Vorrangflächen; OP) – auch deshalb, um eine Entwicklung zu stoppen, die nicht nur in Ostdeutschland zu beobachten ist, sondern europaweit um sich greift: Die Betriebe, Flächen und Maschinen werden immer größer. Die Landwirtschaft in Europa will immer größere Schläge. Da kann aber nicht die Zukunft sein. Wachsen allein, ohne auf Nachhaltigkeit zu setzen, ist keine Lösung. Die Folgen wären eines Tages der Verlust von Wild und Vögeln und ein Riesensproblem wegen fehlender Bienen.“, stellte EU-Agrarkommissar Ciolos fest

Im Folgenden sollen die Verhältnisse

für Haupterwerbsbetriebe dargelegt werden. Um so weit wie möglich zu differenzieren, ist die Auswertung je nach Bundesland durchgeführt worden. Weil eine Veröffentlichung für alle Bundesländer zu viel Platz erfordern

würde, sollen hier nur die Bundesländer Niedersachsen (für „Nord“), Bayern (für „Süd“) und Sachsen-Anhalt (für „Ost“) dargestellt werden.

Onno Poppinga  
Anneke Jostes



Arbeit, Agrarstruktur, Umwelt, Kulturlandschaft - alles verbunden

Foto: Mohr/pixelio

## Vergleich der Regionen

Das sagen die Tabellen aus

Wer nach Dauergrünland sucht findet es – mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Niedersachsen – vor allem in den kleinen Haupterwerbsbetrieben.

Bei Silomais gibt es keinen durchgängig sichtbaren Zusammenhang zwischen

dessen Anteil und der Größe der Haupterwerbsbetriebe.

Der Viehbesatz dagegen steigt in den westdeutschen Bundesländern mit der Betriebsgröße geradezu dramatisch an. Einem GV-Besatz von über 2,4/ha wie in Niedersachsen entsprechen beispiels-

Sachsen-Anhalt	50 – 100 Tsd.	100 – 250 Tsd.	>250 Tsd.
LF in ha	75,4	155,7	366,2
Davon Dauergrünland in %	46,4	28,3	9,3
Silomais in % der Ackerfläche	1,5	4,2	4,6
Viehbesatz/100 ha LF	37,3	21,6	24,2
darunter			
Rinder	25,3	16,3	16,7
Schweine	3,5	1,6	3,8
Geflügel	0,4	0,6	3,0
Düngemittel €/ha	70	115	180
Pflanzenschutzmittel €/ha	36	78	126
Futtermittel €/ha	40	23	103

Bayern	50 – 100 Tsd.	100 – 250 Tsd.	>250 Tsd.
LF in ha	34,8	60,0	109,1
Davon Dauergrünland in %	49,4	34,0	18,0
Silomais in % der Ackerfläche	16,8	20,1	12,3
Viehbesatz/100 ha LF	116,2	135,0	185,2
darunter			
Rinder	104,8	108,0	61,2
Schweine	8,7	24,8	115,8
Geflügel	0,9	1,4	7,8
Düngemittel €/ha	109	143	195
Pflanzenschutzmittel €/ha	49	75	141
Futtermittel €/ha	262	397	657

Niedersachsen	50 – 100 Tsd.. <sup>1</sup>	100 – 250 Tsd.	>250 Tsd.
LF in ha	39,1	64,9	108,1
Davon Dauergrünland in %	24,3	30,7	23,6
Silomais in % der Ackerfläche	17,7	21,0	22,3
Viehbesatz/100 ha LF	97,9	154,6	246,5
darunter			
Rinder	53,9	94,3	88,2
Schweine	37,4	53,6	137,6
Geflügel	5,1	6,1	20,1
Düngemittel €/ha	175	184	193
Pflanzenschutzmittel €/ha	93	94	113
Futtermittel €/ha	339	623	1.184

weise ca. 200 kg N/ha allein über die Gülle. In NRW, als „Spitzenreiter“, sind es fast 250 kg N/ha. Vergleichsweise niedrig ist dagegen der Viehbesatz in Rheinland-Pfalz und im Saarland. In allen „Neuen“ Bundesländern ist der GV Besatz dagegen niedrig. Wenn bei den großen Haupterwerbsbetrieben in „Nord“ eher eine regelmäßige Überversorgung mit Gülle zu erwarten ist, darf man bei „Ost“ wegen der sehr geringen Versorgung mit organischem Dünger bei allen Haupterwerbsbetrieben eher mit Problemen bei der Humusversorgung erwarten.

Bei den kleinen und mittelgroßen Haupterwerbsbetrieben sind die Rinder von großer Bedeutung. Schweine wie auch die Hühner dagegen sind vorzugsweise bei den großen Haupterwerbsbetrieben zu finden.

Während die Ausgaben für Düngemittel

in ST, Nds. und NRW in allen drei Größengruppen auf hohem Niveau sind, findet sich bei allen Bundesländern wiederum ein deutlicher Anstieg von Haupterwerb-klein (niedrig) auf Haupterwerb-groß (hoch). In Verbindung mit dem sehr hohen Viehbesatz bei den großen Haupterwerbsbetrieben (nur für Westdeutschland) dürfte hier sehr verbreitet Überdüngung zu erwarten zu sein. Noch stärker (und regelmäßiger) wie bei den Düngemitteln steigen die Ausgaben für Pestizide mit der Betriebsgröße sehr deutlich. Auch die Werte für den Futtermittelzukauf korrespondieren, wie zu erwarten, eng mit dem Viehbesatz.

Ergebnis: Zusammenhänge zwischen der Agrarstruktur und dem Einsatz von Produktionsmitteln, die nachteilige Wirkung auf die Umwelt haben können, sind also deutlich ausgeprägt.

# Muss der Geschädigte Schadensersatz leisten?

Erste Fälle von Konsumgetreideaussaat wegen Auswinterung vor den Gerichten

Der eine oder andere ausgewinterte Bestand wird wohl auch jetzt gerade wieder nachgesät worden sein – meist mit eigenen Resten oder nachgekauftem Saatgut. Vielen Bauern und Bäuerinnen kommt sicher noch einmal das Frühjahr 2012 in den Sinn, als Auswinterungsschäden das dominierende Thema und Saatgut knapp bis nicht verfügbar war. Einigen ist das auch deshalb mehr als präsent, weil sie inzwischen in Gerichtsverfahren mit der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) darüber verwickelt sind. Aufgrund der extrem hohen Nachfrage nach Saatgut waren viele Landhändler im letzten Frühjahr ausverkauft. Einzig Konsumware war oft noch vorhanden. Zwar ist es nach dem Saatgutverkehrsgesetz nicht zulässig, Konsumgetreide zu Saatwecken zu verkaufen und auszusäen, in einer Notsituation wie der des vergangenen Jahres blieb vielen allerdings kaum eine Alternative. Zwar wurde das Getreide meist ordnungsgemäß als Futtergetreide verkauft, seine Verwendung zur Saat aber häufig von Bauern und Bäuerinnen in einer späteren Abfrage durch die STV angegeben. Diese hatte nämlich in Kooperation mit dem Bauernverband und dem Bundesverband deutscher Pflanzzüchter ein vermeintliches „Angebot“ an die Bauern und Bäuerinnen gerichtet: Wer den Einsatz von Konsumgetreide als Saatgut offiziell angab, wurde zur Zahlung von Gebühren veranlagt, aber nicht verklagt. Eigentliches Ansinnen der STV war es, über dieses Verfahren möglichst viele Landhändler und Bauern und Bäuerinnen angezeigt zu bekommen, die Konsumgetreide offenbar in dem Wissen ver- bzw. gekauft haben, dass es der Aussaat dient. Nun liegen die ersten Fälle vor den Gerichten, die STV fährt jeweils zweigleisig. Einerseits klagt sie nach dem Urheberschutzrecht auf Unterlassung, d. h. Landhändler sollen per Gerichts-

schluss dazu verpflichtet werden, so etwas nie wieder zu tun, anderenfalls machen sie sich strafbar.

## Zweigleisig

Auf der anderen Seite verklagt die STV Bauern, Bäuerinnen wie auch Landhändler auf Schadensersatz für die entgangenen Lizenzzahlungen. Unberücksichtigt lassen sie die Tatsache, dass das Konsumgetreide einerseits qualitativ nicht mit Z-Saatgut zu vergleichen ist, also von daher auch nicht die gleichen Lizenzen fällig werden dürfen, zumal es sich häufig sogar um Mischungen verschiedener Sorten handelte. Hinzu kommt, dass zum Teil weder Verkäufer noch Käufer auch bei sortenreinen Partien Kenntnis über die Sorte hatten, da es sich ja um Futter handelte. Und auch von der Notsituation bzw. der Tatsache, dass Saatgut definitiv nicht mehr verfügbar war, will man heute ein Jahr später nichts mehr wissen (das war damals noch anders, da sprach die

STV in einem Informationsschreiben an die Bäuerinnen und Bauern noch von Konsumgetreideaussaat „mangels Alternativen“ und einer „unverschuldeten Notsituation.“) Aber getreu dem Motto: was interessiert mich mein Geschwätz von gestern, beharrt die STV heute in ihrer Argumentation nur noch darauf, dass Bauern und Bäuerinnen willentlich das billigere Konsumgetreide eingesetzt haben, obwohl es noch Saatgut gegeben hätte. In Nordrhein-Westfalen macht sich erneut das Landesamt ohne Not zum verlängerten Arm der STV und verhängt Bußgelder bei bekannt gewordenen Landhändlern, um deren „Gewinnabschöpfung“ durch das Geschäft mit dem Konsumgetreide zu relativieren. Die Fronten sind also klar, zumindest in den Augen der Pflanzzüchterlobby und der Behörden: betrügerische Bauern, Bäuerinnen und Landhändler zocken ab, Züchter haben das Nachsehen. Ob die Gerichte das auch so sehen, wird sich zeigen. cs



Zeit zum Säen

Foto: SiepmannH/pixelio



## Monsanto kauft Dieckmann

Vor dem Hintergrund der Übernahme von Geschäftsbereichen der Dieckmann Seeds GmbH in Nienstädt (Niedersachsen) durch den multinationalen Gentechnik-Konzern Monsanto hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ihre Entschlossenheit bekundet, gemeinsam mit gesellschaftlichen Initiativen, Verbänden und Bewegungen die Gentechnikfreiheit des Pflanzenbaus, die Unabhängigkeit der Landwirte von Patenten und die Gentechnikfreiheit der Nahrung aktiv zu verteidigen. Der niedersächsische AbL-Landesvorsitzende Ottmar Ilchmann forderte den Deutschen Bauernverband auf, nunmehr jegliche Kooperation mit Monsanto und anderen Gentechnik-Konzernen unverzüglich zu beenden, zum Beispiel in der so genannten „Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft“ (FNL), der Bauernverbandspräsident Rukwied vorsitze und in der Monsanto immer noch Mitglied sei. Monsanto hingegen zieht weiter und vereinbarte eine Kooperation mit dem Chemieriesen Dow Chemical in Sachen Gentechnik und Herbizidtoleranzen. en

## Bund fördert Abhängigkeit und Einseitigkeit

Projekte zur Hybridweizenzüchtungsoptimierung gesucht

Im Rahmen des Programms zur Innovationsförderung sucht das Bundeslandwirtschaftsministerium innovative Weizenzüchtungsprojekte, die – so heißt es in der Richtlinienveröffentlichung – „die Implementierung und Optimierung moderner Methoden der Züchtungsforschung in nationale Weizenzüchtungsprogramme“ zum Inhalt haben. Nur dann sei gewährleistet, dass das Ertragspotential dieser Getreideart weiter ausgeschöpft werde. Und in der Fortsetzung heißt es: „Innovationen sind erforderlich, die eine Selektion von Pflanzen als Ausgangsmaterial für diese Zwecke er-

leichtern sowie die Nutzbarmachung von Heterosis ermöglichen.“ Für im Wissenschaftsjargon nicht ganz sattelfeste heißt das nichts anderes, als das molekularbiologische Verfahren entwickelt werden sollen, die den Züchtungsprozess von Hybridweizensorten, beschleunigen bzw. eine gewisse Vorhersagbarkeit und Sicherheit hinsichtlich des Erfolges der Hybridweizenzüchtung gewährleisten sollen. Wenn schließlich auch nach Mais und Reis die nächste weltweit wichtigste Kulturpflanze von Hybrid-sorten dominiert wird, braucht sich niemand mehr groß Gedanken über Nachbau-

gebühren zu machen. Der Heterosiseffekt, der Nachbau unmöglich macht, da die Nachkommenschaft genetisch stark aufspaltet, entwickelt einen Abhängigkeitseffekt: Ein weiterer Schritt in die Abhängigkeit bäuerlicher Betriebe von einigen Züchterkonzernen, die sich die teuren molekularbiologischen Methoden leisten können und wollen, bedrohlich für Züchterunternehmen, die das nicht können und/oder wollen und weiter mit samenfesten Sorten arbeiten möchten, und ebenfalls eine Bedrohung für die Kulturpflanzenvielfalt im allgemeinen – alles staatlich gefördert. cs

## Neuland zeigt Größe

Die Kooperation mit einem großen Fleischverarbeiter steht – nun braucht es neue Betriebe

Es geht um die Wurst, um keine kleine. Neuland wird mit seiner Fleischvermarktung eine Zusammenarbeit mit der deutschen Unternehmensgruppe der Schweizer COOP-Tochter Bell angehen. Bell ist der größte Fleischverarbeiter in der Schweiz und dort besonders bekannt für seine Initiativen in Richtung Tierwohl. Neben konventionellen und Biomarken vermarktet Bell mit der Marke Naturafarm Produkte aus artgerechter Tierhaltung zu ähnlichen Standards wie die von Neuland. Schon länger ist das Unternehmen auf Ex-

tionierten Nachhaltigkeitsstrategie für die Bell-Gruppe gearbeitet wird, bei der auch das Thema Tierschutz eine wichtige Rolle spielt. Und natürlich ist der Moment günstig wie nie, Tierwohl in aller Munde, Programme sprießen, Konsumenten bekunden Kaufwillen. Das kleine Licht Neuland bietet da offenbar einem ganz großen der Branche die seriöseste Antwort auf die Frage, wie dieser Markt zu bedienen sein sollte. Mit seiner langjährigen Erfahrung, seinen strengen Richtlinien und seiner glaubwürdigen Trägerschaft. Die Ver-

gang mit dem Logo. Nun fehlen nur noch die Betriebe. Minister und seine Kollegen an den anderen beiden Zerlegestandorten in NRW und Niedersachsen fahren gerade die Akquiseaktivitäten hoch.

### Nicht einfach

Im Süden arbeitet man mit einem ehemaligen landwirtschaftlichen Berater zusammen, den das Engagement für die artgerechte Tierhaltung bis in den Ruhestand verfolgt. Er, Rudolf Wiedmann, sagt, dass es nicht so einfach ist. Auch in Süddeutschland gibt es nur noch wenige Betriebe, die von ihrer baulichen Struktur her schnell, einfach und vor allem kostengünstig auf die Neulandstandards umsteigen könnten. Und die, die irgendwann in den letzten zehn, zwanzig Jahren einen Warmstall mit Lüftung und Vollspalten gebaut haben, müssten häufig viel Geld in die Hand nehmen, um artgerecht zu werden. „Bei Mastschweinen geht es noch, vor allem wenn die Stalltiefe nicht zu groß ist, dann kann man Großgruppen in noch vernünftigen Dimensionen machen, die Lüftung runterdrehen, dann landet der meiste Mist im Auslauf“, umreißt Wiedmann die Baustellen. Bei einem neuen Sauenstall sieht er die Möglichkeiten wesentlich begrenzter. Ähnlich skeptisch ist auch Jan Hempler, der die Landwirtschaftskammer in Niedersachsen in Sachen artgerechter Tierhaltung berät. Für ihn kommt gerade bei den Sauenbetrieben hinzu, dass inzwischen Betriebe, die zu Neuland oder auch gerade in den nicht tierzahlreglementierten Biobereich wechseln wollen, eine bestimmte Größenstruktur haben müssen, um dem Mästerwunsch nach einheitlichen Ferkelpartien nachkommen zu können. Die Neulandobergrenzen sind da offenbar eher Richt- als Grenzwert, aber immerhin überhaupt vorhanden. Die immensen Umbaukosten für vermeintlich moderne Ställe, sind aus Hemplers Sicht nur durch eine noch stärkere und verbesserte Förderung aufzufangen. Das Agrarinvestitionsförderprogramm müsse so umgestaltet werden, dass auch Neulandbetriebe es nutzen können, außerdem gebe es Verbesserungsbedarf in Sache Praxisnähe.

### Kommende Themen

„Die Bauern haben immer das mit der Kostenführerschaft im Kopf“, sagt Berater Wiedmann, dabei könne man als kultivierter Mensch die intensive Schweinehaltung nicht mehr vertreten. Man müsse sich doch fragen, wo das alles hinführen solle... Auch die „kommenden Themen denken“ will Strategie Reuter und da trafe Neuland den Nerv nicht nur in Sachen Tierschutz, sondern auch mit dem Einsatz heimischer Futtermittel: „Es gibt keine bessere Tierhaltung.“ cs

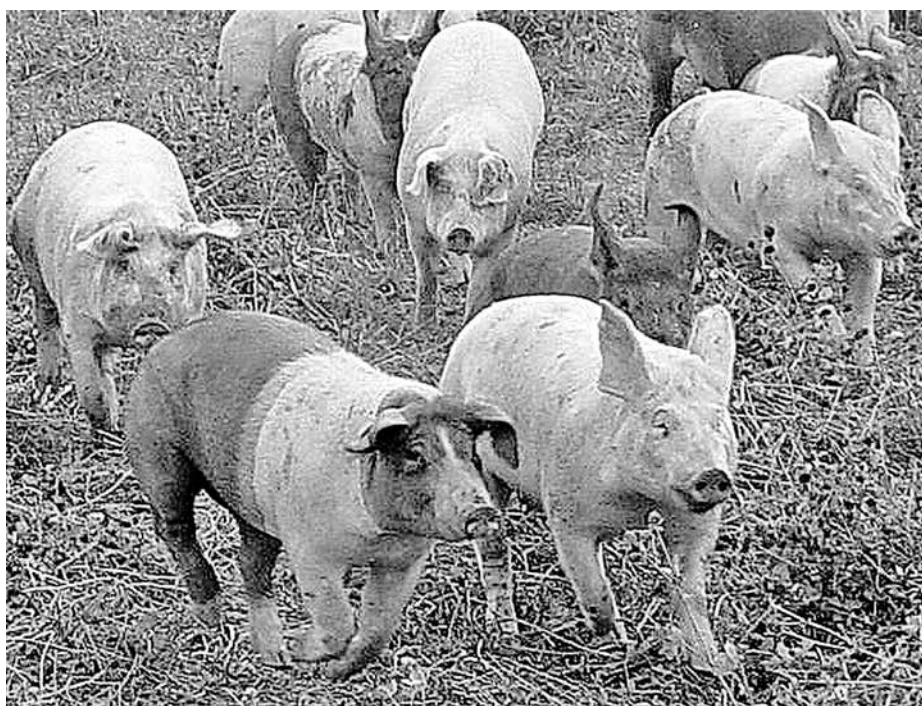
### Bioschweine

Haltung und Absatz von Bioschweinen zeigten in Deutschland und anderen EU-Ländern im letzten Jahr Zuwachsraten zwischen 10 und 20 %, allerdings bezogen auf einen derzeit niedrigen Marktanteil von 0,74 % in Deutschland oder 2,6 % in Schweden.

Wegen der höheren Nachfrage in Deutschland, so die Agrarmarkt Informations-Gesellschaft AMI, sind Importe nötig.

Die Erzeugungsausdehnung über die derzeit in Deutschland geschlachteten 250.000 Mastschweine ist schwierig – wegen fehlender Bio-Zuchtsauen, gestiegener Futterkosten und Problemen bei der gleichzeitigen Vermarktung aller

Partien des ganzen Schweins. Die Erzeugerpreise je kg Schlachtgewicht lagen 2012 bei Bioschweinen mit etwa 3,20 Euro etwa doppelt so hoch wie bei konventionell erzeugten Schweinen. Wie in der Geflügelhaltung, droht auch in der Schweinehaltung das Vordringen von Agrarindustrie-Bio: So steigt der konventionell-agrarindustrielle Schweinekonzern „Pelapro“ der Gebrüder van Genugten nun mit großen Sauen- und Mastkapazitäten in diesen Markt ein. en



Neuland im Schweinsgalopp

Foto: Archiv

pansionskurs im Ausland, da der Schweizer Markt weitgehend in Bells Hand ist. Mit dem Kauf der beiden deutschen Fleischverarbeiter Zimbo (Wurstwaren) und Abraham (Schinken) schon 2008 sicherte sich das Unternehmen den Einstieg in Deutschland. Beide Firmen produzieren abgepackte Produkte für die Kühltheken der Supermärkte in großen Mengen, bei Abraham werden wöchentlich 25.000 Rohschinken angeliefert, Massenproduktion. Und dann gibt es die Seite des Unternehmens, die, so der Strategieberater Jörg Reuter, ein starkes, ernsthaftes Interesse an Nachhaltigkeit und Tierschutz hat und nun über eine Kooperation mit Neuland hier ein Marktsegment aufbauen will. Reuter weiß um die Pferdefüße: „Hier treffen Welten aufeinander in Sachen Strukturen, und es ist eine große Aufgabe, die seriös zusammenzubringen.“ Und er sieht die Kritik am vermeintlichen Feigenblatt schon heraufziehen, bevor sie geäußert ist. Dabei geht es ihm darum, zu betonen, dass Nachhaltigkeit für die gesamte Bell-Gruppe einen hohen Stellenwert hat und derzeit Länderübergreifend an einer ambi-

marktungsseite mache ihm keine Sorgen, erklärt Reuter, schon eher die Rohwarebeschaffung.

### Eine Herausforderung

Der süddeutsche Neulandvermarkter Matthias Minister hält den gemeinsam ausgearbeiteten Plan für ambitioniert, aber auch nicht für unmöglich. Ab August sollen Neulandschweine, bis auf die Edelteile, an die Bell-Verarbeitungsstätten in Deutschland geliefert werden. Daraus wird abgepackte Wurst und Schinken für den Lebensmittel Einzelhandel, auf Wunsch von Neuland nur mit einem kleinen Logo auf der Rückseite, aus Rücksicht auf die Neuland-Stammkunden, die Metzger. In einigen Jahren soll sich die Schweinezahl verzehnfachen – Für Neuland ein immenser Wachstumsschritt, eine Herausforderung, eine Chance. „Bell war bisher sehr kooperativ“, sagt Minister, habe eben nicht nur Edelteile gewollt, sondern im Gegenteil all das, was sich schwieriger vermarkten lasse, habe den Neulanderzeugerpreis akzeptiert, plus einen Zuschlag für die Logistik und Zerlegung, sich auf langfristige Verträge eingelassen, auf den sensiblen Um-



# Ernährungssicherung liegt in der Vielfalt

Warum Gentechnik in Indien keine Erfolgsgeschichte ist

Der Anbau von gentechnisch veränderter Bt-Baumwolle sollte für viele Kleinbauern in Indien der Ausweg aus der Armut sein. In Bt-Baumwolle wurde ein Gen des Bakteriums *Bacillus thuringiensis* eingebaut, wodurch die Pflanze permanent ein Gift produziert, das tödlich auf Fraßschädlinge wie den Baumwollkapselwurm wirkt. Versprochen wurde den Bauern eine drastische Reduktion des Spritzmitteleinsatzes und stabil höhere Ernten, was ihnen ein verbessertes Einkommen bringen sollte. Seit über zehn Jahren wird Bt-Baumwolle in Indien angebaut, was ist dran an der Erfolgsgeschichte?

In der Erntesaison 2007/2008 verzeichnete Indien die höchsten Baumwollernten seiner Geschichte. Seitdem sind die Erträge aber deutlich zurückgegangen. Die Gentechnik-Industrie begründet den Rückgang vor allem mit angeblichen Fehlern bei den Bauern. Wissenschaftler der Universität Washington erklären ihn damit, dass sich die Schadinsekten an das Gift der Bt-Baumwolle angepasst haben. Indische Wissenschaftler berichten zudem, dass sich neue Insekten zu Schädlingen entwickeln und die Ernte dezimieren.

## Hybride und Bewässerung

Ein genauer Blick auf die Anbauzahlen zeigt, dass in den Jahren 2000/2001 bis 2004/2005, in denen Bt-Baumwolle mit gerade mal 6 %-Anteil noch eine untergeordnete Rolle spielte, die Baumwollerträge in Indien um 69 % stiegen. In den nächsten drei Jahren wuchs der Gentechnik-Anteil von 6 auf 62 % an, dies brachte aber lediglich einen Ertragszuwachs um 17 %. Seit dem Ertragsmaximum 2007/2008 zeigt sich ein deutlicher Trend der Erträge nach unten: Von über 554 kg/ha (2007/2008) auf 481 kg/ha (2011/2012), das sind über 10 %. Auch Dr. Keshav Kranthi, Direktor des zentralen Instituts für Baumwollforschung (CICR), führt die Ertragszuwächse vor allem auf die Einführung von Hybriden zurück. 2000 betrug der Hybridanteil an indischer Baumwolle 40%, 2009 waren es 85 %. Ein weiterer Faktor zur Produktivitätssteigerung war der Einsatz von Bewässerungsanlagen sowie die Erschließung neuer Anbauflächen und die Einführung von Pestiziden mit neuen Wirkmechanismen.

## Einführung von Bt-Baumwolle

Seit 2002 ist der Anbau von gentechnisch veränderter Bt-Baumwolle in sechs Bundesstaaten Indiens erlaubt. Zunächst breitete sich der Anbau langsam aus, 2012 betrug der Anteil 90%. Die indische Genetikerin und Gründerin der Organisation Gene Campaign, Suman Sahai, sagte dazu anlässlich einer Gentechnikkonferenz in Berlin: „Entscheidend war ein aggressives Marketing der Saatgutfirmen und das Versprechen, die Bauern aus der Armut zu holen. Viele waren hoch verschuldet und haben sich endlich eine Lösung er-

hofft. Langsam kommt die Ernüchterung...“ Mit dem Saatgutverkauf wurden den Bauern zeitweise kostenlos Pestizide zur Verfügung gestellt, und es wurden Rabatte für den frühzeitigen Kauf von Bt-Saatgut vergeben. In manchen Jahren wurde eine Verknappung von Bt-Saatgut vorgetäuscht. Geworben wurde mit Erfolgsgeschichten von Landwirten. Als irreführende Werbung wurden solche Spots vor Kurzem vom Advertising Standards Council of India kritisiert.

## Überhöhte Saatgutpreise

Die Monopolstellung von Mahyco-Monsanto hat zu exorbitanten Preisen von Bt-Baumwoll-Saatgut geführt. 2004 lagen die Saatgutpreise zwischen 23,40 bis 25,60 € für 450 Gramm Bt-Baumwoll-Saatgut – im Vergleich zu 4,98 € für Hybrid-Saatgut und weniger als 1,43 € für traditionelles Saatgut. 2011 hat Mahyco die Nachricht verbreitet, dass Bt-Baumwoll-Saatgut knapp sei. Bt-Saatgut wurde von Bauern zu Preisen von bis zu 38,40 € gekauft, was dem Dreifachen des Marktpreises entsprach.

## Kurzfristige Erfolge

Die Erfahrungen von zehn Jahren Bt-Baumwollanbau zeigen, dass der Pestizidverbrauch nicht langfristig reduziert wurde. Zwar waren in den ersten beiden Jahren des Anbaus weniger Pestizidanwendungen nötig, danach haben die Anwendungen aber wieder zugenommen. Heute sind sie entweder genauso hoch oder höher als vor Einführung der Bt-Baumwolle. Dr. Kranthi berichtete auf einem Treffen der indischen Zulassungsstelle für gentechnische Organismen (GEAC) Anfang 2011, dass die Pestizid Ausgaben von 85 Mio. € im Jahre 2002 auf 112 Mio. € (2009) angestiegen sind. Im Frühjahr 2010 offenbarte Monsanto, dass der Baumwollschädling „Pink bollworm“ Toleranzen gegen das in der gv-Baumwolle „Bollgard“ produzierte Bt-Gift (Cry 1Ac) entwickelt hatte. Studien zeigten, dass auch andere Baumwollschädlinge beim Einsatz in Bt-Baumwolle überleben und sich reproduzieren. Resistenzen wurden bereits in der 2. Generation von Bt-Baumwolle „Bollgard II“, die 2006 auf den Markt kam, festgestellt. In einem Report von 2011 führt Baumwollforscher Kranthi die rückläufigen Erträge in Nordindien auf folgende Ursachen zurück: Abfallende Potentiale der Hybriden,

erhöhte Anfälligkeit der neuen Bt-Hybriden gegenüber einem Virus, ein hohes Maß an Anfälligkeit für saugende Schädlinge, Probleme mit Nährstoffmangel und physiologischen Störungen. Hinzu kommen Probleme mit Wollläusen, der Weißen Fliege und anderen, zum Teil gänzlich unbekanntem Insekten, wie die Schildlaus.

## Gentechnik ist der falsche Ansatz

„Gentechnik ist der falsche Ansatz, um in den Ländern des Südens den Hunger zu besiegen“, so die indische Genetikerin Sahai. „Patentgeschützte Hochleistungssorten wie Monsanto's Bt-Baumwolle sind teuer und bergen ein hohes Risiko beim Anbau. Gerade in Ländern wie Indien - auf Standorten mit wechselnden klimatischen Bedingungen - führen die lokal nicht angepassten Gentechnik-Sorten in eine Sackgasse.“ Missernten oder sinkende Erträge durch die fehlende Vielfalt auf dem Acker könnten sich gerade die Ärmsten der Armen nicht leisten, so Sahai. „Der Schlüssel zur Ernährungssicherheit liegt in innovativen Systemen der Vielfalt. Die genetischen Optionen sind da! Es gibt Sorten, die an verschiedene Böden angepasst sind, auch solche, die trocken tolerant sind. Der Erforschung und Weiterentwicklung regionaler, standortangepasster Saaten sowie der Anbau von Sortenmischungen, die nicht die höchsten sondern stabile Erträge garantieren, sichern den Bauern ein dauerhaftes Einkommen“, sagt Sahai, die auf On-Farm-Saatgutbanken gemeinsam mit den Bauern und Bäuerinnen erfolgreich tausende Sorten erhält und weiterentwickelt. Die Bauern werden so in die Lage versetzt, sich und ihre Familien zu ernähren.

*Annemarie Volling, AbL-Koordinatorin der gentechnikfreien Regionen*

## Resistente Schädlinge

„Angriff der Raupen“, Brasilien erlebt den größten verzeichneten Befall seit Beginn des Inverkehrbringens von gentechnisch verändertem (gv) Mais in Brasilien. Wie schon in den USA, China und Indien finden sich jetzt auch hier resistente Schädlinge, die den in gv-Pflanzen erzeugten Giften trotzen. Die Bauern verwenden deshalb wieder Insektizide, die ja eigentlich durch den insektengiftigen Mais eingespart werden sollten. So erhöhen sich ihre Produktionskosten - neben höheren Saatgutausgaben. Ohne Erfolg: die Raupen von Heerwurm und Baumwollkapselbohrer halten auch fünf oder sechsmaligen Insektizid-Anwendungen stand. Neu ist auch, dass Schädlinge, die bisher bei Baumwolle bekannt sind, jetzt auch bei Bt-Mais aktiv werden. Vielfältige Begründungen vom Fehlverhalten der Bauern beim Resistenzmanagement über ungünstige Klimabedingungen bis hin zum allmählichen Abnutzen der Technologie durch die Anpassung der Schädlinge sind im Umlauf. av



Baumwollernte in Indien

Foto: Schütz/pixelio

# Ausweg nicht gefunden

Schweinebauer Ramschulte wächst auch, aber ungern

Ein Blick aus dem Küchenfenster von Martin Ramschulte. Geradeaus: Sein Schweinestall mit 950 Mastplätzen. Auf zehn Uhr: Der Schweinestall seines Schwagers mit 170 Sauenplätzen, und einige Schritte dahinter der neue Maststall, ebenfalls vom Schwager, mit 1.600 Plätzen. Am Horizont weitere Hähnchen- und Schweineställe. Willkommen im Kreis Borken, Nordrhein-Westfalen. Dort knüpelt sich die Fleischerzeugung.

## Vollspalten und Schweine

Ramschultes Hof liegt unweit der Kleinstadt Schöppingen im westlichen Münsterland. Es ist ein Nachmittag kurz vor Winterbeginn. Er harkt den Hofplatz. Alles wirkt fast steril. Kaum zu glauben, dass nur einige Schritte weiter mehrere hundert Schweine sein sollen. Nach der Hygieneschleuse und in entsprechender Schutzbekleidung tut sich ein schmaler Gang auf. Sechsendvierzig Schritte lang. Elf Türen. Dahinter separat die Mastabteile mit je vier Buchten. Vollspalten und Schweine. „Früher hat mir die Landwirtschaft richtig Spaß gemacht“, erzählt Ramschulte. „Da sind die Schweine im Stroh gesprungen. Das war so schön anzusehen. Man hörte kein Husten und die haben sich auch nicht die Schwänze abgebissen.“ Er erzählt, dass er früher noch Klümpers hieß. Da arbeitete er als Betriebshelfer. Auch beim Betrieb Ram-

schulte hat er ausgeholfen. Im Jahr 1977 war das. Und von dort ist er dann nicht mehr weitergezogen. Das kinderlose Bauernpaar Ramschulte hat ihm den Hof übergeben. „Damals hatte der Betrieb fünfzig Bullen und zwanzig Sauen“, sagt Martin Ramschulte.

„Den Betrieb hätte ich in der Größe gerne weitergemacht. Die Ställe hätten erneuert und verbessert werden müssen. Man muss doch nicht immer wachsen. Aber das ist preislich nicht drin“, sagt Ramschulte. Im Jahr 1980 baute er einen neuen Stall für vierhundertfünfzig Mastschweine. Zwei Jahre später erweiterte er um achtzig Sauen und zog die Ferkel selber auf. Sechzehn Winter später der Sprung auf 950 Plätze. Nur noch Schweinemast. „Jetzt ist alles viel einseitiger“, sagt Ramschulte und geht zu einer neuen großzügigen Scheune. Er steht vor einem riesigen blauen Vollandpflug: „Den kann man vom Schlepper aus variieren.“ In diesem Satz schwingt der typische Bauernstolz für Maschinen und Schlepper mit. „Der gehört mir aber nicht allein. Wir haben viele Maschinen mit Bauern zusammen. Unsere Gemeinschaft ist tiptop. Wir verstehen uns von selbst. Ich bin immer als erstes am Mais legen. Da denken die anderen noch gar nicht dran. Die sprechen sich danach ab.“ Zu dem Hof gehören siebenunddreißig Hektar einschließlich Pachtland. Die können Gülle für umgerech-

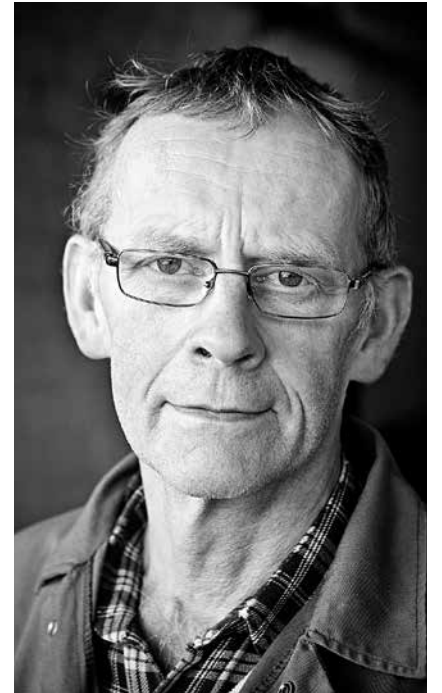
net 1.500 Mastschweine jährlich aufnehmen. Gemästet werden insgesamt 2.700 Schweine. Der Überschuss geht dann an die Güllebörse. „Die Beratung drängt auf noch größere Ställe“, sagt Ramschulte. Demnach sei man mit einem 2.000er Maststall dabei und dann auch „zukunftsfähig“. „Es ist Wahnsinn. Die Großen werden immer größer und viele geben auf.“

Obwohl Ramschulte bisher im Strom mitgewachsen ist, schwimmt er auch gegen den Strom. Er schreibt Leserbriefe und kritisiert scharf, was in und mit der Landwirtschaft passiert. Die besten Gedanken kommen ihm immer im Stall. Dort liegen Heft und Stift. Er hat einen ganzen Ordner voll mit, in Landwirtschaftsblättern und Lokalzeitungen abgedruckten, Briefen von ihm. Ramschulte war auch selbst Gegenstand von Berichterstattungen, als er mit dem Fahrrad nach Rom gefahren ist. Hin- und zurück. Einerseits kommt da die Abenteuerlust in ihm durch. Andererseits sieht er es aber auch nicht ein, Kerosin für so etwas zu verschleudern. Er sagt über sich: „Quer und anders war ich schon immer.“

## Viele Fragen

Viel Ratlosigkeit zwischen dem Tun und dem Denken hängt in der Stallluft. Gentechnisch verändertes Sojaschrot? „Ich bin da auch nicht für. Auch dieses Glyphosat: Erst wachsen lassen, dann

stirbt alles ab“, sagt der Bauer. „Aber wir kriegen auch keinen Cent mehr, wenn wir Sojaschrot ohne Gentechnik füttern.“ Schwänze kupieren verbieten? „Das wäre schwierig für uns. Das sind die Begleiterscheinungen der immer intensiveren Haltung.“ Dumpingexporte



Martin Ramschulte

in Entwicklungsländer? „Das passt mir überhaupt nicht. Warum müssen wir aus dem kleinen Münsterland für den großen Weltmarkt produzieren? Warum lässt man die Entwicklungsländer nicht in Ruhe? Außerdem verschwenden wir Ressourcen, die uns gar nicht gehören.“ Antibiotika bleibt unausgesprochen in der Stallluft zurück. Im landwirtschaftlichen Ortsverein treffen sich die Bauern. Egal wie klein oder groß. „Wir sind eine Clique. Man unterhält sich. Auch die ganz Großen sind dabei. Aber man kann auch“, so Ramschulte, „kritische Töne anschlagen und wird nicht gleich ausgeschlossen.“ Die aktuelle Politik und die Agrarindustrie diskutierten nur, dass die Bauern mehr Menge machen müssten, um über die Runden zu kommen. Langsam werde auch in landwirtschaftlichen Kreisen eingesehen, dass es so nicht weitergehe, berichtet Ramschulte. „Die kritische gesellschaftliche Debatte kommt auch bei den Bauern an und hat eine Wirkung. Das ist gut. Die sehen das doch auch kritisch. Aber wo ist der Ausweg? Da stehen dann die politischen Blockierer im Weg. Ich jedenfalls stalle weniger Schweine pro Bucht auf. Die haben jetzt mehr Platz.“

Berit Thomsen,  
AbL



Vollspalten und Schweine

Fotos: Dott

# Wir nutzen die EU-Agrarreform für die bäuerliche Landwirtschaft!

Der AbL-Bundesvorstand ruft die Mitglieder zur AbL-Mitgliederversammlung am 5. Mai in Kassel auf

So einen politischen Druck haben wir selten verspürt“, gestand eine EU-Parlamentarierin anlässlich der Aktionen vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vor der Abstimmung zur EU-Agrarreform. „Und, was hat das alles genutzt?“, werden wir gefragt. Sind nicht die jeweiligen Beschlüsse von EU-Parlament und EU-Agrarministerat von Anfang März aus sozialer und ökologischer Sicht eher sehr bescheiden, doch eher verwässert und enttäuschend? Waren all die vielen Gespräche und heißen Diskussionen, die vielen Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen vergebene Mühe? – Nein. Klarer Widerspruch! Die starke und äußerst einflussreiche Fraktion der Agrarindustrie mit ihren Helfern der europäischen Bauern- und Genossenschaftsverbände, Wissenschaftler, Politiker und die deutsche Bundesregierung sowie einige andere EU-Regierungen hatten eine klare Marschroute für die Reform: Weiter so! Weiter mit dem Druck zum „Wachsen oder Weichen“. Der Strukturwandel solle sich weiter beschleunigen. Für die flächenstärksten Großbetriebe in der EU wollten sie einmal mehr die agrarpolitischen Kohlen aus dem Feuer holen. Der Reform-Ansatz sollte vom Tisch gefegt werden: Obergrenzen und Staffeln bei den Zahlungen, Einbeziehung von Arbeit bei den Direktzahlungen, echte obligatorische Umwelleistungen, effektive Stärkung der bäuerlichen Erzeuger am Markt – das alles sollte in gewohnter Manier politisch weggebügelt werden.

## Gesellschaftliche Bündnisse

Doch die agrarindustrielle Fraktion bekam Gegenwind und Gegenwehr von zwei Seiten: EU-Agrarkommissar Ciolos hat sich auf den Weg gemacht, um die Agrarpolitik gerechter und ökologischer zu gestalten. Und eine junge, aktionsorientierte europäische Zivilgesellschaft, mit starker Basis auch in Deutschland, aus Bäuerinnen und Bauern, Verbraucher-, Umwelt-, Tierschutz- und Eine-Welt-Organisationen hat sich ebenso auf den Weg gemacht, um dieses Mal Pflöcke für eine bäuerlich-ökologische Agrarreform einzuschlagen. Die AbL hat sich von Anfang an bundesweit in diese Bewegung aktiv eingebracht, bei Gesprächen, Veranstaltungen, Aktionen, Demonstrationen. Der mit sehr großen Mehrheiten von der Bundesversammlung gewählte Bundesvorstand ist eingetreten für niedrigere Obergrenzen,

für eine deutliche Staffeln der Zahlungen, für einen Aufschlag von rund 30 Prozent für die ersten 20 Hektar je Betrieb, für die Einbeziehung von Arbeit und für echte Fruchtfolgen sowie einheimische Eiweißfuttermittel, für das Grünland und für faire Marktregeln – das sind unsere Leitplanken.

## Diskussionsprozess

Nicht nur im Europaparlament und in den EU-Regierungen wird um diese Forderungen heftig gerungen – auch innerhalb der AbL. Der bayerische AbL Landesverband hat zu den Direktzahlungen ein anderes Reform-Modell entwickelt: Diejenigen Direktzahlungen, die nicht an das Greening gebunden sind, sollen nicht mehr von der bewirtschafteten Fläche eines Betriebes ausgehend berechnet werden, sondern anhand eines kalkulatorischen Arbeitszeitbedarfes. Der soll nach Durchschnittswerten für festzulegende Be-

dersammlungen bereits beschäftigt, sondern darüber ist auch in mehreren Sitzungen mit Vertretern, u.a. des bayerischen Landesvorstands und des Bundesvorstands, intensiv debattiert worden. Auf der vergangenen AbL-Bundesversammlung lagen dazu zwei Anträge vor, einer vom Landesverband Bayern, einer vom Bundesvorstand. Über die Anträge ist auf Wunsch beider Vorstände nicht abgestimmt worden. In den folgenden Wochen und Monaten haben wir viele Versuche unternommen, um für die konkrete Umsetzung gemeinsamer Ziele auch ein gemeinsames Modell zu erreichen. Es hat mehrere Sitzungen mit Beteiligung von Landesverbänden, Regionalgruppen und junger AbL gegeben. Im Februar haben 27 bayerische AbL Mitglieder nun schriftlich eine außerordentliche Bundesmitgliederversammlung zum Thema „EU-Agrarreform“ beantragt. Der AbL Bundesvorstand be-

kommen. Eine klare Linie der AbL ist wichtig, nicht zuletzt auch vor den wichtigen Bundestags- sowie zwei Landtagswahlen (Bayern, Hessen), die im Herbst anstehen. Noch ist die EU-Agrarreform nicht in ihrer endgültigen Form beschlossen. Es zeichnet sich schon ab, dass in der Umsetzung dann erhebliche Verantwortung auf die einzelnen Mitgliedstaaten zukommen wird – und damit viele Möglichkeiten für eine aktive Ausgestaltung.

## Hohe Verantwortung

Wir möchten, dass die AbL auch hierzu weiterhin offensiv und politisch die Interessen der bäuerlichen Betriebe und der bäuerlichen Landwirtschaft einbringt und vertritt. Für uns ist die Frage zentral, wie wir bei der nationalen Umsetzung die bäuerlichen Betriebe hier und jetzt und im Bündnis mit anderen Organisationen stärken können und



Die AbL-Bundesvorsitzenden mit ihren Bündnispartnern auf der „Wir haben es satt“-Demo 2013 in Berlin

Foto: Nürnberger

triebszweige bzw. Erzeugungen und Betriebs- bzw. Bestandsgrößen abgeleitet werden. Um die verschiedenen Modelle und ihre unterschiedlichen Wirkungen, um die Bedeutung von Boden und Arbeit, um die Frage, was Grundlage der Direktzahlungen sein soll und was als dringend notwendige Korrekturfaktoren durchgesetzt werden sollten – damit haben wir uns nicht nur auf den letzten beiden Bundesmitglie-

ruft deshalb eine außerordentliche Bundesmitgliederversammlung ein, um die Mitglieder über die Reformdiskussion in Brüssel, Berlin sowie über die Diskussion innerhalb der AbL zu informieren, die direkte Diskussion mit den Mitgliedern zu diesen Fragen fortzusetzen und auf dieser Versammlung zu einem positiven Ergebnis und einer gemeinsamen zukünftigen Arbeitsgrundlage zu

wie wir den dafür erforderlichen politischen Druck organisieren. Die AbL und ihre Mitglieder sind hier besonders gefordert. Die Gremien der AbL haben eine hohe Verantwortung. Wir rufen Euch deshalb auf, nach Kassel zu kommen und das Vorgehen gemeinsam zu beraten und zu beschließen.

Maria Heubuch und Bernd Voß,  
Bundesvorsitzende der AbL

## Leserbriefe: Denkwürdiger Abgang am Obersalzberg

Bei der Podiumsdiskussion am 10.04.13 in Berchtesgaden zeigten Romuald. Schaber, BDM, Erwin Schöpges, EMB, Edith Lirsch, AbL und Walter. Haefeker, Präsident des deutschen und europäischen Berufsimkerverbandes, dass man im Agrarbündnis gemeinsam Agrarpolitik für die Landwirtschaft und für die Bevölkerung machen kann. Der BBV blieb dem Treffen fern. Gabi Töpsch vom Bayerischen Rundfunk als Moderatorin hatte alles im Griff. Das Bündnis BDM aus dem Berchtesgadener Land und Traunstein bescherte uns Teilnehmern durch ihre super Organisation drei unver-

gessliche Tage. Über 300 Schlepper, teilweise von weit her, dazu Teilnehmer per Bus und PKW, sorgten für eine Aufbruchstimmung, auch abends im Festzelt. Die Ordnungshüter hatten mit uns keinerlei Probleme, auch als die Schlepperfahrer gemeinsam 20 Minuten lang ein unvorstellbares Hupkonzert veranstaltet haben. Die Polizei hatte volles Verständnis für unsere Existenzsorgen. Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Frau Ilse Aigner, sowie die Länderminister mit ihren Staatssekretären wurden sich nicht einig. Ein „weiter so“, wie es sich Frau Aigner vorgestellt

hatte, kam nicht zustande. Als Herr Brunner, Agrarminister von Bayern, und Frau Aigner uns ihre Ideen verkaufen wollten, bat Herr Erwin Schöpges ( EMB ) um das Wort. Er entlarvte Frau Aigners Doppeltzungigkeit in wenigen Minuten. Frau Aigner konnte ihm nichts entgegenhalten und verließ schwer beleidigt den Schauplatz ihrer vernichtenden Bloßstellung. Leider waren kein TV Sender und auch keine Journalisten von Tageszeitungen anwesend, die diese Blamage festgehalten hätten. Daran erkennt man die Macht von BBV und DBV über die Presse. Bei dem Agrarministertreffen war der BBV selbst-

verständlich dabei. Trotzdem gingen vom geschichtsträchtigen Obersalzberg keine Machtpulse aus. Im Gegenteil, die neugewählten Agrarminister schafften es offensichtlich, dass es ein „weiter so“ mit Ausbeutung der Kleinbauern in Südamerika und der Vernichtung von Kleinbauern in Afrika usw. nicht mehr in dem bis jetzt erfolgten Umfang geben wird. Wenn wir im Agrarbündnis weiter intensiv „wir haben es satt“ demonstrieren, werden wir sicher noch einiges erreichen. Vor allem können wir die anstehenden Wahlen beeinflussen!

Walther Mauk,  
Eurasburg / Bayern

## 30 Prozent mehr für die ersten 50 Hektar

Unter dieser Überschrift wurde in der Februarausgabe über den Vorschlag des EU-Agrarausschusses berichtet, den Staaten zu ermöglichen, einen Aufschlag für bis zu 50 ha zu gewähren. Dafür könnten bis zu 30 Prozent der Gesamtsumme der Direktzahlungen verwendet werden. Der Verfasser hat dazu auch ausführliche Berechnungen angestellt. Eine genauere Betrachtung relativiert dann allerdings den ersten Eindruck, es solle der stattliche Anteil von 30 Prozent der Gesamtsumme, also 1,56 Mrd. zu Gunsten kleinerer Betriebe umverteilt werden. Wie aus den angegebenen Zahlen hervorgeht, bewirtschaften die Betriebe unter 50 ha nur 23 Prozent der deut-

schen Nutzfläche. Daraus folgt, dass auch nur 23 Prozent der 1,56 Mrd. (360 Mio.) wirklich an die Betriebe unter 50 ha fließen können. Der Rest von 1,2 Mrd. geht an die Betriebe über 50 ha, die für die ersten 50 ha den Zuschlag auch erhalten sollen. 1,56 Mrd. in die Hand zu nehmen und davon wieder 1,2 Mrd. dahin zurückzulegen, wo man sie geholt hat – ein geniales Täuschungsmanöver!

Eine weitere Frage ergibt sich aus der Tatsache, dass sich eigentlich auch der Hektarsatz von ca. 300 EUR verringern müsste, wenn man 30 Prozent aus dem Topf nimmt, d.h. die Basis für den Aufschlag von ca. 100 EUR wäre dann ein Hektarsatz von 210 EUR. Soll die Ak-

tion nicht zu einem Nullsummenspiel werden, müsste der Hektarbetrag von Betrieben unter 50 ha ungekürzt bleiben, oder ein anderer Verteilungsmodus verwendet werden. Es wäre ohnehin schwer zu rechtfertigen, wofür z. B. ein Betrieb, der 50 ha Mais für die nächste Biogasanlage anbaut, auch noch 5 000 EUR zusätzlich bekommen sollte. Die beschriebene Umsetzung würde unterhalb der 50 ha Schwelle die Konkurrenzsituation zu Ungunsten der kleineren Betriebe zusätzlich verschlechtern. Der 50 ha Betrieb hätte 4.000 EUR mehr in der Tasche als der Kollege mit nur 10 ha, und könnte ihm damit locker den Pachtgrund abjagen. Wer die Interessen der bäuerlichen Land-

wirtschaft ernsthaft vertreten will, kann damit nicht zufrieden sein. Die Fläche als Verteilungsschlüssel erweist sich ein weiteres Mal als völlig ungeeignet, öffentliche Gelder sinnvoll und zielgerichtet zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft einzusetzen. Eine AbL, die die gebotenen Gestaltungsmöglichkeiten zur Gestaltung der nationalen Agrarpolitik mit den uralten Forderungen und unwirksamen Instrumenten wie Kappung und Staffelfung bestreiten will, macht sich selber überflüssig. Die Meinung, wer viel hat muss auch viel bekommen, wird nämlich schon seit Jahren sehr erfolgreich von einem anderen Verband vertreten.

Josef Schmid,  
Landesvorsitzender AbL Bayern

## Ist der Bundesverband noch zu retten?

Unzufriedenheit im Verband lässt diese Frage aufwerfen. Mitglieder treten aus. Landesverbände machen sich selbstständig durch eigene Fördermitgliedschaften. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung wurde beantragt. Was ist los in unserem Verband? Ich denke, die Unzufriedenheit macht sich nicht daran fest, dass zur Agrarreform unterschiedliche Ansätze vorliegen. Viel mehr stellt sich mittlerweile die Frage, wie der Bundesvorstand zur Positionsfindung kommt und wie mit Beschlüssen der Mitgliederversammlung umgegangen wird. Einst war es die Unzufriedenheit mit dem Bauernverband, der die Agraropposition Anfang der 80er Jahre hat entstehen lassen. Viele Landjugendliche waren bei der Gründung der AbL dabei, und deshalb findet man in unserer Verbandstruktur auch gute Ansätze, wie die paritätische Besetzung der Vorstandsposten. Aber die Mitgliederzahlen waren bei Gründung der AbL so gering, dass man nur von oben eine Bundesstruktur angelegt hat, sprich, die einmal im Jahr stattfindende Mitgliederversammlung und den Bundesvorstand mit hauptamtlichem Geschäftsführer. Vielleicht er-

klärt ein Blick zurück zu den Anfängen der AbL die Situation. Aufgrund der wenigen Mitglieder war auf der Mitgliederversammlung jeder Abler willkommen und darf auch heute noch über Beschlüsse abstimmen und wählen. Die Mitgliederversammlung wurde in der Ev. Landjugendakademie in Altenkirchen abgehalten, da hier schon die Verbindung mit der Landjugend gegeben war und finanziell die Mitgliederversammlung über Förderpöfpe abgewickelt werden konnte. Durch die weite Anreise aus den südlichen Bundesländern waren die meisten Teilnehmer der Mitgliederversammlung auf Bundesebene aus dem Norden und der Mitte Deutschlands. Auch heute noch ist es für Mitglieder aus Bayern schwer, sich von der Hofarbeit frei zu machen für Veranstaltungen auf Bundesebene, da es sich meistens durch die weite Anreise nicht auf einen Tag beschränkt. Viel wichtiger ist jedoch die Frage, auf welcher Grundlage der Bundesvorstand das ganze Jahr über zu bestimmten Themen Positionen bezieht, sei es über Pressemitteilungen oder in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden im Agrarbündnis. Wir haben mittler-

weile, und das ist ja auch positiv, viele Mitglieder dazugewinnen können. Wir haben starke Landesverbände und mittlerweile auch Regionalgruppen, allein in Bayern sieben. Aber diese gewählten Vertreter wollen natürlich auch mitentscheiden. Sie müssen sich wiederum ja auch vor ihren Mitgliedern in den Regionalgruppen bzw. Landesebenen verantworten. Es stellt sich die Frage: Hat sich die Verbandstruktur auf Bundesebene überholt? Es kann nicht sein, dass Regional- und Landesgruppen über's Jahr öfters tagen und Entscheidungen treffen, und auf Bundesebene kommt man einmal im Jahr zusammen, immer am gleichen Ort, mit oft den gleichen Leuten, zur gleichen Jahreszeit, meist mit dem gleichen Ablauf, weil wir es immer schon so gemacht haben. Ich möchte nicht missverstanden werden. Ich habe weder etwas gegen das Haus in Altenkirchen (wir sind dort immer super versorgt worden) und ich habe auch nichts gegen irgendwelche Personen. Aber vielleicht wird es doch Zeit, mal aus den alten Mauern aufzubrechen. Neuen Wind um die Nase wehen zu lassen, offen zu werden für Neues, kritisch sich selbst zu

hinterfragen. Zum Beispiel warum gefasste Beschlüsse einfach nicht umgesetzt werden? Wer kontrolliert das? Wir wollten mal ganz anders sein, als der „andere Verband“. Mittlerweile kommen mir Zweifel, ob wir nicht schon längst von diesem Weg abgewichen sind. Wo sind unsere hehren Ziele geblieben. Passen wir uns nicht viel zu oft schon an Gegebenheiten an? Wir hatten in unserer Satzung verankert, dass die Vorsitzenden im Bundesvorstand u.a. keine Parteizugehörigkeit haben sollten, damit keine Abhängigkeiten entstehen. Seit Jahren machen wir die Ausnahme zur Regel! Ich glaube, wir werden nicht umhin kommen, unsere Struktur und Satzung auf Bundesebene kritisch zu beleuchten, ob sie unseren Mitgliedern noch entspricht, und um unsere agrarpolitischen Ziele und Forderungen erfolgreich in viele politische und gesellschaftliche Ebenen hineinzutragen. Vielleicht kann mit diesem Leserbrief eine Diskussion im Verband entstehen, damit es im Herbst auf der Mitgliederversammlung nicht wieder heißt „The same procedure as every year“.

Ute Gasteiger,  
Rott am Inn / Bayern

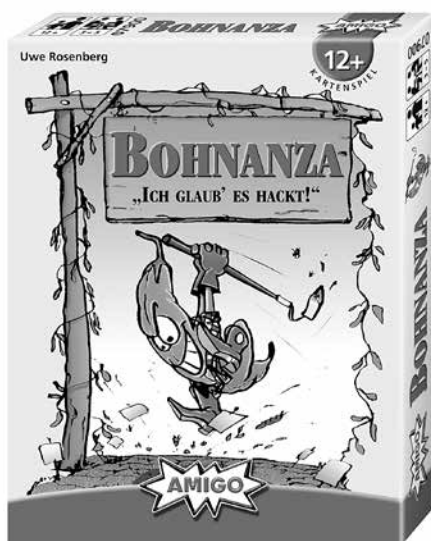
## „Ich glaub‘ es hackt!“

Leichtes Spiel mit Leguminosen - Bohnanza

Zugegeben, das kurzweilige Kartenspiel Bohnanza ist schon länger auf dem Markt, aber neu im Testlauf mit Christoph Dahlmann, Projektleiter bei der AbL für Eiweißfutterpflanzen unter dem Titel „Vom Acker in den Futtertrog“. Klar wurde bei einer vergnüglichen Runde am Redaktionstisch in Hamm: ackerbaulich kann dieses Spiel nicht bestehen, denn es handelt sich um sehr einseitig leguminosenlastige Fruchtfolgen, mit denen die SpielerInnen ihre zum Sieg notwendigen „Bohntaler“ erwirtschaften – Bohnen in Monokultur sozusagen. Doch es stehen immerhin verschiedene „Sorten“ zur Verfügung, von denen alle Bohnen-Bauern und -Bäuerinnen jeweils zwei auf den zwei eigenen „Bohnenfeldern“ sammeln können. Besonders wichtig: der ständige Schnack und Handel mit MitspielerInnen! Denn die Reihenfolge der eigenen Handkarten steht fest und nichts ist ärgerlicher, als ein Feld mit wertvollen Sojabohnen ernten zu müssen bevor sie Bohntaler einbringen – nur weil einem eine Brechbohne vorzeitig dazwischen kommt. Angebote einholen, wortgewandtes Anpreisen

und Tauschen ist da Pflicht, und manchmal kann Verschenken die rettende Tat sein. Das Originalspiel wird mittlerweile durch zahlreiche Erweiterungen ergänzt: z.B. La Isla Bohnita, Al Cabohne oder Bohn to be wild!

*cu*  
Kartenspiel für 3 bis 5 Personen, Dauer ca. 45 Min., Amigo-Verlag, 9,49 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag



Kurzes am Rande

### Pseudo- und Pionier-Bio

Bereits in seinem Buch „Der große Bio-Schmäh“ hat der Autor deutliche Kritik an agrarindustriellen Bio-Strukturen in Österreich geübt. In seinem neuen Buch berichtet er auch über England und Deutschland: über die Zustände in der Geflügelzucht und in den Ställen von agrarindustriellen „Bio-Hühnerhaltern“ wie Behrens („Fürstenhof“) oder Tiemann („Wiesengold“), die das billige „Pseudo-Bio“ in den Supermärkten bedienen. Auf seiner Reise besuchte er aber auch echte Bio-Geflügelhalter, Pionier-Betriebe, Kleinbauern und Direktvermarktungsprojekte. Sein Appell an die Macht des Verbrauchers zielt auf regionalen und saisonalen Einkauf auf ökologischen Nischenmärkten, Selbstversorgung und solidarische Erzeuger-Verbraucher-Strukturen. *en*

*Clemens G. Arvay, Friss oder stirb – Wie wir den Machthunger der Lebensmittelkonzerne brechen und uns besser ernähren können, 215 Seiten, Ecowin-Verlag, Salzburg, 2013; 21,90 Euro*

### Statistisches Jahrbuch

Die Tabellen-Sammlung des Bundesagrarministeriums enthält Daten und Preise aus Volkswirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Ernährungswirtschaft, Warenverkehr aus Deutschland und auch aus der EU. Erfreulich und ausbaufähig ist die Tatsache, dass bei Strukturdaten anstelle relativ nichtssagender Zahlen, z.B. über Betriebe mit „mehr als 1.000 Schweinen oder 1.000 Hektar“ nunmehr auch differenziertere Aussagen über die darüber liegenden Größenklassen gemacht werden – die ja als Grenzen zwischen Agrarfabriken und Bauernhöfen immer mehr an Bedeutung gewinnen. Auch differenziertere Tabellen über Haltungsverfahren in den Betriebsgrößenklassen haben mehr Platz erhalten. *en*

*Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2012, Landwirtschaftsverlag Münster, 2012, 606 Seiten; 79,95 Euro*

### Buch über Pferdesport im NS-System

Nach Enthüllungen über die nationalsozialistische Vergangenheit des früheren SA-Reiters Carl-Friedrich von Langen wird das Haus Schockemöhle den Nachwuchspreis beim Turnier in Redefin (Mecklenburg) nun nicht mehr nach diesem SA-Obersturmbannführer benennen. Allerdings, so die Mitteilung an den SPIEGEL – nur zwecks Verkürzung der Bezeichnung, die bisher „In Memoriam Freiherr von Langen“ lautete. Die Historikerin Nele Maya Fahnenbruck hat die Vergangenheit von Langens, über den Göbbels sogar einen Propagandafilm drehen ließ, in ihrer Dissertation „Pferdesport und Politik im Nationalsozialismus“ aufgedeckt, die demnächst im Werkstatt-Verlag erscheinen wird. Die Deutsche Reiterliche Vereinigung residiert freilich immer noch in Warendorf in der Freiherr-von-Langen-Straße *en*

*Nele Maya Fahnenbruck, „...reitet für Deutschland“ Pferdesport und Politik im Nationalsozialismus, ISBN: 978-3-7307-0036-5, 400 Seiten, Werkstatt-Verlag, Göttingen, 2013; 29,90 Euro*

### Seitenwege

Songs und Instrumentals auf der Keltischen Harfe. Mit der Doppel CD „Seitenwege“ hat Stefi Clar, Gärtnerin im Gemüsesamenanbau bei Dreschflegel, ihre erste musikalische Profiarbeit abgeliefert. Stefi Clar mischt folkige Eigenkompositionen die Anklänge an ernste Musik enthalten, mit Ausflügen in die Pop- und Singer/Songwriter-Musik. Instrumentalstücke stehen neben Liedern in verschiedenen Sprachen. Begleitet wird sie von Musikerinnen und Musikern auf der Geige, Akkordeon, Digeridoo, Schlagzeug und Bass. Die Musik lädt zum Zuhören ein, zum Träumen und Entspannen: Der Wechsel zwischen den Musik Genres, ihr melodisches und ausdrucksstarkes Spiel und ihre natürliche und warme Stimme machen aus der CD ein gelungenes Werk. *vt*

*Stefi Clar, Seitenwege, 23,90 €, zu beziehen über den ABL-Verlag*

#### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe:  2013  2012  2011  2008  2007  
22,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuausgabe)	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. König Silo, CD	Stückpreis 10,- € Neu!
.... Leitbild Schweiz oder Kasachstan	Stückpreis 8,-€ Neu!
.... Expl. Jung, dynamisch, erfolglos?	Stückpreis 8,-€ Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/49221

## (Klein) Anzeigen

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2013:

[www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen](http://www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen).

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: [anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de). **Anzeigenschluss für BS Juni ist der 15. Mai 2013**

### Hof und Arbeit

• **Bestäubungsimkerei** für regionalen Ökolandbau sucht etablierten Biohof mit > 40 ha Weide und Ackerbau, (Streu-)Obst. Imker/Biologe (49 J.) bringt mit: 20 Völker, Imkerei (10 J.). Brauche Raum > 30 qm, ausbaubar. CSA/Höfenetzwerk/Hofgemeinschaft vorteilhaft. [imkern@yahoo.de](mailto:imkern@yahoo.de)

• **Schulbauernhof** Hardeggen (Nähe Göttingen) sucht pädagogisch interessierte(n) landwirtschaftliche(n) Betriebsleiter/in. ☎ 05503-805521 [www.internationaler-schulbauernhof.de](http://www.internationaler-schulbauernhof.de)

• **Ausgebildeter Landwirt** gesucht für Biolandbetrieb in der Nähe von Heidelberg, ab 1. August. Der vielfältige 45 ha-Hof (Milch, Getreide, Gemüse) betreibt solidarische Landwirtschaft und sucht einen entsprechend vielfältigen und kontaktfreudigen Mitarbeiter. InteressentInnen wenden sich an: ☎ 06224-170462 oder [markus.schmutz@web.de](mailto:markus.schmutz@web.de)

### Tiermarkt

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

### GÜLLE zu GOLD mit GÜLLE-PLUS

- Gülle+Mist zu 100% Bio-Dünger
- Natürliches Wirkprinzip
- Schneller + besser verwertbar
- Abbau von Schadstoffen
- Ausbringung ständig möglich
- Unschädlich für jedes Leben
- Gegen Bodenerosion
- Besseres Pflanzenwachstum
- Gesünderes Stallklima
- Gesundere Tiere + Menschen

Information und Beratung  
Gülle Plus 036428/389794  
oder [baltini@gmx.de](mailto:baltini@gmx.de)

### Baumschule PFLANZLUST

Ausgezeichnet mit dem Förderpreis Ökologischer Landbau 2010

Historische und bewährte Obstsorten für den Garten und die Landschaft

[www.biobaumversand.de](http://www.biobaumversand.de)

Betriebshelfer gesucht ?

## Betriebshilfe im ökologischen Landbau

Pascal Gerbaulet  
staatl. gepr. Agrarbetriebswirt

Telefon: 0160-90536514  
[www.öko-betriebshilfe.de](http://www.öko-betriebshilfe.de)

## ETL | Freund & Partner Lutherstadt Wittenberg Steuerberatung für die Landwirtschaft



Ihr Ansprechpartner  
Marcel Gerds  
Agrarökonom (M.Sc.)

- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH  
Steuerberatungsgesellschaft  
Niederlassung Wittenberg  
Berliner Straße 1  
06886 Lutherstadt Wittenberg

Tel: (03491) 4180-0  
Fax: (03491) 4180-13  
E-Mail: [agrart@etl.de](mailto:agrart@etl.de)  
Web: [www.etl.de/fp-wittenberg](http://www.etl.de/fp-wittenberg)  
[www.facebook.com/fpwittenberg](http://www.facebook.com/fpwittenberg)

### Evangelischer Kirchentag

01.-05.05.2013 in Hamburg  
Veranstaltungen rund um das Thema „Soviel du brauchst“.  
[www.kirchentag.de](http://www.kirchentag.de)

### Schweine-Kram

Ausstellung, 05.05.-31.10.2013,  
34388 Trendelberg

Das Landmuseum Wülmersen begibt sich in dieser Ausstellung auf die Spuren der Schweine. Was gehört zum Schweineleben? Wie wird es glücklich? Wie kommt das Fleisch auf den Teller? Wie ist das wilde Leben in unseren Wäldern? Und wie greifen Künstler dieses Thema auf? Kunstwerke regen neben agrartechnischen und volkswirtschaftlichen Exponaten zum Nachdenken und Verstehen an. Drei Sattel-Schweine leben über den Sommer im Museumsgarten.

Ausstellungseröffnung, 05.05.2013  
14.00 Uhr, [www.wasserschloss-wuelmersen.de](http://www.wasserschloss-wuelmersen.de)

### Kinder und Natur

15.05.2013 Bietigheim-Bissingen  
Während über Jahrhunderte hinweg über Generationen hinweg von Generation zu Generationen vielfaches Wissen über Pflanzen, Tiere sowie die Zusammenhänge in Natur, Landschaft und Landwirtschaft ganz selbstverständlich weitergegeben wurde, funktioniert dieser Wissenstransfer heute oft nicht mehr. Zunehmend sind bei vielen Kindern und Heranwachsenden, aber auch bei Erwachsenen, Naturentfremdung und mangelnde Kenntnisse über Natur und Umwelt festzustellen. Die Fortbildung vermittelt deshalb ganz konkret, wie bereits im Kindergarten und in der Grund-

schule gefördert werden kann. Umweltakademie Baden-Württemberg, ☎ 0711-126-2807 und 126-2821

### Landpartie

09.-20.05.2013 Wendland  
Die 24. Kulturelle Landpartie Seit 1989 öffnen Künstler und Handwerker im niedersächsischen Wendland zwischen Himmelfahrt und Pfingsten ihre Hoftore und präsentieren ihre Arbeiten: von fast vergessenen Handwerks-techniken bis hin zu Avantgarde-Kunst. Rund 600 Künstler erwarten sie an 100 Ausstellungspunkten, verteilt auf über 80 Dörfer, im und um den Landkreis Lüchow-Dannenberg.  
Infos: KLP-Büro, Drawehner Str. 2, 29439 Lüchow

### AbL Agrarpolitik in Niedersachsen

23.05.2013, Hesel, 20 Uhr  
„Rot-grüne Agrarpolitik - was kommt auf die Bauern zu?“  
Alle Landwirtinnen und auch alle anderen Interessierten sind herzlich eingeladen, sich ein Bild vom neuen Minister zu machen. Landwirtschaftspolitik betrifft

alle - Bürger und Bauern!  
Gaststätte „Meta“ in 26835 Hesel, Kirchstrasse 1

### Tagung über Biopatente

21.-23.06.2013, Schwerte  
Im Sommer 2012 veröffentlichte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eine Studie zum Thema „Biopatente und Ernährungssicherung“. Die kirchliche Analyse von Patenten auf Pflanzen und Tiere kommt zu dem Ergebnis, dass diese eine Gefährdung der Ernährungssicherung darstellen können. Daher rät die EKD, die Patentierung von Pflanzen und Tieren kritisch zu hinterfragen. Das Tagungskonzept geht von einem bereits informierten Teilnehmendenkreis aus und verzichtet weitgehend auf einführende Vorträge zu Biopatenten. Lediglich die EKD-Studie wird in Referaten vorgestellt. Die Tagung bietet daher viel Raum für den Dialog der Teilnehmenden miteinander. Institut f. Kirche & Gesellsch. der EKvW, 58239 Schwerte, ☎ 02305-755369, [www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen](http://www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen)

## WINDENERGIE-BETREIBER GESUCHT



Wir erwerben Ihren Windpark/Einzelanlage oder Ihre Mehrheitsbeteiligung - ohne Vermittlungs- oder Maklerprovisionen.

wpd onshore GmbH & Co. KG  
Bremen, Bietigheim-Bissingen, Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl  
Telefon: 0421 / 168 66 10  
[akquise@wpd.de](mailto:akquise@wpd.de), [www.wpd.de](http://www.wpd.de)



Montag, 3. Juni 2013,  
10-16 Uhr, Hamm (Westf.)  
Heinrich-von-Kleist-Forum

Einladung zum Futtermitteltag

### Globale oder regionale Futtermittelversorgung?

In der Futtermittelproduktion stehen sich die Modelle der globalen Arbeitsteilung der regionalen Produktion gegenüber. Bei dem globalen Modell produzieren und exportieren die Europäer Getreide und importieren Soja aus Nord- und Südamerika. Diese Importe schaffen in der EU erst die Grundlage für steigende Exporte von Fleisch und Milchprodukten. Ein Ausweg kann die regionale Produktion sein.

Referenten:

Dr. Thomas Schmidt, Referent Futtermittel und Tierernährung, Verband der Ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland  
PD Dr. Stephan Albrecht, Herausgeber der deutschen Ausgabe des Weltagrarberichts, Universität Hamburg  
Dr. Gerhard Stalljohann, Referat Tierproduktion in der Landwirtschaftskammer NRW

Podiumsdiskussion:

### Futtermittelstrategie mit Zukunft und agrarpolitische Handlungsfelder

Johannes Rimmel, NRW Landwirtschaftsminister (angefragt),  
Dr. Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf  
Tobias Reichert, Germanwatch  
Markus Wolter, WWF  
Dr. Thomas Schmidt, OVID



Weitere Infos und Anmeldung bist zum 29.05.2013:  
AbL NRW, Katharina Schäfer, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
☎ 02381-9053170, Fax 02381-492221, [schaefer@abl-ev.de](mailto:schaefer@abl-ev.de)



Zukunftsweisendes Qualitätsfleischprogramm sucht engagierte

### Sauenhalter

Aufgrund guter Verkaufsmöglichkeiten suchen wir weitere Ferkellieferanten. Bevorzugt im 100 km Umkreis um Bad Bevensen

NEULAND steht für:

- ♦ tiergerechte Haltung
- ♦ Einsatz einheimischer Futtermittel
- ♦ feste Lieferverträge

Information:

NEULAND GmbH Bad Bevensen  
Tel.: 0 58 21 / 9 77 41 0  
Ansprechpartner: Katharina Hincke, Karsten Pleuß  
[www.NEULAND-Fleisch.de](http://www.NEULAND-Fleisch.de)

Top Thema im neuen Heft

Pharma Menschenversuche für BAYER-Profiten

Coordination gegen [www.stichwort-bayer.de](http://www.stichwort-bayer.de)  
BAYER-Gefahren (CBG) [info@stichwort-bayer.de](mailto:info@stichwort-bayer.de)  
Postfach 150418 [facebook/Coordination](https://www.facebook.com/Coordination)  
40081 Düsseldorf

STICHWORT BAYER Das Magazin

KOSTENLOSES PROBEHEFT ANFORDERN. JETZT.

Einladung zur Sommertagung der JAbl

## Politik für unsere Zukunft - Anforderungen an die Agrarpolitik für junge bäuerliche Landwirtschaft



31. Mai bis 2. Juni 2013  
Hof Oellermann in  
Osterbruch (Cuxhaven)

### VORLÄUFIGES PROGRAMM / THEMEN

- Kann Politik die Landwirtschaft gestalten?  
Wie wirken Subventionen auf die bäuerliche Landwirtschaft?
- Impulsvorträge:
  - Umsetzung der 2. Säule in Deutschland, rechtliche und inhaltliche Rahmenbedingungen
- Workshops zur Ausgestaltung der 2. Säule:
  - Agrarumweltmaßnahmen: Weideprogramm, Blühstreifen...
  - Kurze Vermarktungswege und Kooperationen
- Workshop Moderationstechnik:
  - Erfolgreich diskutieren
- Förderung angehender Bäuerinnen und Bauern – Was brauchen wir?
- Organisations- und Kommunikationsstrukturen der JAbl
- Planung des nächsten halben Jahres
- Lagerfeuer und Kulturprogramm am Nordseestrand

### Eltern und Kinder sind ausdrücklich willkommen!

Anmeldung bei Therese Wiskott, junge-abl@abl-ev.de, 05542-71306

Bitte mitbringen: Schlafsack, Isomatte, Zelt, Gitarre, regionales Essen, JAbl-Fotos und gute Laune

Tagungsbeitrag: 30 €, Anmeldeschluss: 25. Mai

Tagungsort: Hof Oellermann, Norderende 17, 21762 Otterndorf - Osterbruch

Ausführliches Programm auf [www.abl-ev.de/junge-abl](http://www.abl-ev.de/junge-abl)



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330

Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114

Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147

Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

Landesverband u. Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Biensstein,

Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

### Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel. 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

### Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

### Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

### Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel. 07531/2829391, thomas@abl-ev.de

Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;

Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584

Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278

Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel. 08562/870; Josef Schmid, Tel. 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635

Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel. 08330-1413; Herbert Siegel, Tel. 08320-512; abllallgaeu@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel. 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel, bagrei@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

### Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel. 0341-2253789, mobil:

01520/6479156, Fax: 0341-1494963, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de

Thüringen: Michael Grolm, Tel. 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel. 036694-36250; Claudia

Gerster, Tel. 034465-21005; Frank Neumann, Tel. 036623-23737



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,

21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel. 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugengebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Biensstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel. 0151-11201634, E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



## Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 97,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 132,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 42,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 67,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Der eine sagt Krick, der andere Krack

**H**erbst 2012, ich bekomme einen Anruf: „Kannst Du für die AbL Schleswig-Holstein in einen Workshop vom Landwirtschaftsministerium gehen? Es schafft sonst keiner. Es wäre schön, wenn jemand hingehet und die Ohren aufsperrt.“ In den Bundesländern wird am neuen EU Programm zur ländlichen Entwicklung gebastelt – unter Vorbehalt, weil zu dieser Zeit niemand weiß, wie viel Geld der Topf namens ELER ab 2014 enthalten wird. Aber überlegen können wir ja schon mal – denn so Gremienarbeit kann bekanntlich ein wenig dauern. Hm, ich habe nicht viel Zeit zu überlegen (der Termin ist noch in der gleichen Woche), stelle mir das Ganze als interessante Erfahrung vor – und sage zu. Ein paar Stunden später habe ich drei voll gestopfte Emailanhänge zum Thema gesichtet und mit vier Leuten telefoniert, die ein bisschen mehr wissen/ auch dabei sein werden/ bei anderen Terminen dabei waren und mir erklären, was sie über das Vorgehen im nördlichsten Bundesland wissen: es gibt thematische Gruppen, die im Vorfeld jeweils eine gemeinsame Stellungnahme abgeben sollten. Die AbL ist zusammen mit dem BDM, Bioverbänden, dem Bauernverband und dem Raiffeisenverband in einer Gruppe. Ich schaue ungläubig auf den Telefonhörer und muss grinsen: Konsens? Wie haben die sich das denn vorgestellt im Ministerium? Ich erfahre, dass die „gemeinsame Stellungnahme“ reichlich Anmerkungen mit abweichenden Meinungen enthält... die, „aber nur dieses eine Mal!“, zugelassen wurden.

### Gruppenarbeit

Auf dem Programm für den angekündigten Workshop steht zunächst die Vorstellung einer Stärken-Schwächen Analyse des

ländlichen Raums in Schleswig-Holstein. Beauftragt mit Recherche und Moderation der Workshops wurde „Pricewaterhouse Coopers“ (PWC). Denen war ich bisher noch nicht begegnet – mittlerweile sind mir schon mehrfach riesige, neu gebaute Bürobauten im Zentrum großer Städte aufgefallen. Mit beratenden Dienstleistungen lässt sich Geld verdienen. Zuständig für die Belange Schleswig-Holsteins sind bei PWC allen Ernstes Herr Krick und Herr Krack. Ernst geht es gerade deswegen bei der Vorstellungsrunde nicht zu. Wir müssen uns in zwei Kleingruppen aufteilen. Mir schwant, dass es für kleine Organisationen schnell an personelle und inhaltliche Kapazitätsgrenzen geht, wenn innerhalb von ein paar Wochen mehrere solcher Workshops stattfinden. Herr Krick schmeißt in „meiner“ Gruppe mit Nummern von alten und neuen Verordnungsartikeln um sich, ab und zu nutzt er zusammenfassende Überschriften. Sehr

verwirrend. Es entsteht ein schlechtes, ziemlich kryptisches Tafelbild – methodisch erscheint mir die junge AbL besser strukturiert...

### Kleine Erfolge

Wir TeilnehmerInnen des Workshops sind aufgefordert zu sagen, ob uns dieser oder jener Punkt wichtig ist. Gemeinsam mit einem, ebenfalls aushilfsweise eingesprungenen, BDM Bauern betone ich, wie wichtig die Unterstützung von Erzeugerzusammenschlüssen ist. Eine Minute später fragt Herr Krick, ob jemand den Artikel soundso der ELER Verordnung für wichtig hält. Köpfe werden geschüttelt und er kritzelt „keine Priorität“ unter den Punkt. Ich stupse meinen BDM Nachbarn an: „Was steckt dahinter?“. Er zuckt mit den Schultern. Weiter geht's im Ablauf. Ich fühle mich unsicher in diesem Dschungel und mir ist mulmig, etwas verpasst zu haben. Dieses Gefühl bestätigt sich bei der Zusammenfassung im Plenum ganz zum

Schluss des Tages: Alle seien sich einig gewesen, eine Unterstützung von Erzeugergemeinschaften brauche es nicht. Ich zuckte zusammen, der BDMler neben mir auch. Was ist passiert? Noch wichtiger: was jetzt? Ich raffte mich auf, melde mich mit klopfendem Herzen und weise daraufhin, dass sehr wohl zwei Leute diesen Punkt für wichtig erachtet haben – nur leider nicht genau dem passenden Verordnungsartikel zugeordnet. Hinter mir werden Stimmen laut: „Das gibt es ja nicht!“, „Das kann nicht ins Protokoll, das ist ein Ergebnis aus der Gruppe, da kann jetzt nicht hinterher zurückgerudert werden!“. Ich fühle mich klein und unerfahren, aber auch ausgebootet, weil die korrekten Spielregeln über den inhaltlichen Aspekt gesetzt werden. Ich ärgere mich über diese Art miteinander umzugehen. Die Anmerkung wird trotzdem aufgenommen – wieder eine Ausnahme. Politik hautnah. *cw*



Leichtfüßig wie ein Rind auf politischem Parkett

Foto: Treeneberg

## **unabhängige** Bauernstimme: treibt Inhalte voran

05/2013

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse  Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname  Name, Vorname

Straße  Straße

PLZ, Ort  PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen  email/Fax

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.  BLZ  Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten  Datum  Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221